

Die Drucklegung dieses Handbuchs wurde mit Mitteln
der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert.

Dieter Nohlen, Franz Nuscheler (Hrsg.)

Handbuch der Dritten Welt

Band 1: Grundprobleme – Theorien – Strategien

Band 2: Südamerika

Band 3: Mittelamerika und Karibik

Band 4: Westafrika und Zentralafrika

Band 5: Ostafrika und Südafrika

Band 6: Nordafrika und Naher Osten

Band 7: Südasien und Südostasien

Band 8: Ostasien und Ozeanien

Handbuch der Dritten Welt

Herausgegeben von
Dieter Nohlen
Franz Nuscheler

6

**Nordafrika und
Naher Osten**

Verlag J. H. W. Dietz Nachf.



Universitäts-
Bibliothek
München

84023007

ISBN 3-8012-0206-2

3., völlig neu bearbeitete Auflage 1993
(1. u. 2. Aufl. im Verlag Hoffmann und Campe erschienen)

Copyright © 1993 by Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH,
In der Raste 2, D-53129 Bonn

Umschlaggestaltung Rainer Groothuis, Berlin
unter Verwendung eines Fotos von Christian Dufoort

Gesamtherstellung Ebner Ulm

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 1993

K94/1625

Inhalt

Vorwort		7
Abkürzungsverzeichnis		11
Regionalanalysen		
Islamisch-orientalische Welt: Kulturtradition und Unterentwicklung	Friedemann Büttner und Fred Scholz	16
Länderübergreifende Statistiken: Naher Osten		67
Länderübergreifende Bibliographie: Naher Osten/Islam		74
Der Maghreb im Überblick	Werner Ruf	86
Länderübergreifende Statistiken: Nordafrika		111
Länderübergreifende Bibliographie: Nordafrika/Maghreb		119
Die zentralasiatischen Republiken	Uwe Halbach	122
Nordafrika		
Ägypten	Friedemann Büttner und Veronika Büttner	154
Algerien	Hartmut Elsenhans	190
Libyen	Hanspeter Mattes	217
Marokko	Jürgen H. Wolff	238
Von Marokko besetztes Territorium: Westsahara	Ursel Clausen	261
Tunesien	Mohamed Dridi	274
Naher Osten		
Bahrain	Konrad Schliephake	296
Irak	Ferhan Ibrahim	310
Iran	Mir A. Ferdowsi	340
Jemen	Thomas Koszinowski	365

Jordanien	Gudrun Krämer	381
Katar	Wigand Ritter	399
Kuwait	Rainer Hermann	412
Libanon	Volker Perthes	431
Oman	Jörg Janzen und Fred Scholz	450
Saudi-Arabien	Johannes Reissner	470
Syrien	Volker Perthes	489
Türkei	Udo Steinbach	510
Vereinigte Arabische Emirate	Konrad Schliephake	539
 Anhang		
Glossar		560
Autorenverzeichnis		572

1. Wirtschaftsgeographische Grundlagen

Mit 1 648 000 qkm, ca. 4 1/2mal so groß wie die Bundesrepublik, ist Iran (bis 1934 Persien, ab 1979 *Islamische Republik*) einer der größten Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, eingebettet zwischen Zentralasien und dem Kaspischen Meer im Norden sowie der Region des Arabisch-Persischen Golfes im Süden. Im Westen grenzt Iran an die Türkei und an den Irak, im Osten an Afghanistan und Pakistan. Angesichts dieser geographisch-strategischen Lage im Schnittpunkt verschiedener Kulturen und Völker stellt Iran ein Bindeglied zwischen Zentralasien, dem indischen Subkontinent, der arabischen Welt und der türkischen Einflußsphäre im Westen dar (vgl. Schweitzer 1991).

Klimatisch gehört Iran mit Ausnahme der immerfeuchten Nordhänge des Elbersgebirges der subtropischen Trockenzone an, mit starken Temperaturgegensätzen zwischen Sommer und Winter. Bedingt durch die ungünstigen natürlichen Bedingungen sind von der Gesamtfläche des Landes höchstens 15% landwirtschaftlich nutzbar. Davon wiederum entfällt nur ein kleiner Teil auf intensiv zu nutzendes Bewässerungsland. Sowohl für die bäuerliche Tierhaltung als auch für den nach wie vor in vielen Gebieten vorherrschenden Nomadismus bedeutsam sind die ausgedehnten Weideflächen.

Unter den bergbaulich genutzten Ressourcen sind Erdöl und Erdgas mit Abstand die bedeutendsten. Iran gehört trotz der Förderbeschränkungen seit der *Islamischen Revolution* (1979) und im Gefolge des 1. Golfkrieges nach wie vor zu den führenden Produzenten und Exporteuren von Erdöl und Erdgas auf der Welt und verfügt derzeit etwa über 10% der bekannten Weltvorräte an Erdöl und über 12% der nachgewiesenen Reserven an Erdgas. Zwar war kriegsbedingt nach einem Tiefstand der Erdölproduktion 1981 (1,5 Mio. bqd) erst 1987 wieder die OPEC-Förderquote von 2,3 Mio. bpd erreicht worden; in den letzten Jahren allerdings konnte die Fördermenge wieder beachtlich erhöht werden.

Die Regierung will Erdgas zum heimischen Energieträger Nr. 1 machen und baut deshalb ein landesweites Verteilernetz auf, um die Versorgung von Industrie und Haushalten zu verbessern. Die Anschlüsse stiegen von 50 000 (1979) auf 950 000 (1990). Bis 1994 sollten 2,5 Mio. Haushalte und 1500 Industriebetriebe angeschlossen sein.

Tabelle 1: Daten zur Erdöl- und Erdgaswirtschaft

	1986/87	1987/88	1988/89	1989/90	1990/91
Erdöl in Mio. barrel					
- Förderung	794	898	927	1069	1132
- Ausfuhr	456	564	602	756	811
<hr/>					
Erdgas in Mrd. m ³					
- Förderung	25,3	30,9	30,7	32,3	35,3
- Inlandsverbrauch	15,6	20,3	20,2	21,3	23,5
- Abgefackelt	9,7	10,6	10,5	10,9	9,7

Quelle: Stat. Bundesamt 1992.

Neben den Kohlenwasserstoffen verfügt Iran über große Vorkommen an mineralischen Bodenschätzen, zu denen Chromerze, Blei, Zink, Kupfer, Eisenerze, Steinkohle, Mangan, Zinn, Wolfram und Gold gehören. Das wichtigste Bergbauvorhaben in den vergangenen Jahren war die Erschließung der auf 800 Mio. t geschätzten Kupferervorkommen. Außerdem wurde seit 1985 mit dem Aufbau von zwei Bleiwerken mit Kapazitäten von 60 000 bzw. 40 000 t begonnen.

Seit der *Islamischen Revolution* sind – kriegsbedingt – nur geringe Investitionen im Verkehrs- und Nachrichtenwesen getätigt worden. Lediglich strategisch wichtige Verkehrsverbindungen, die den Zugang zur Kriegsfront ermöglichten, wurden ausgebaut. Das niedrige Investitionsniveau führte zu erheblichen Engpässen im Gütertransport. 1990 umfaßte die Streckenlänge der Eisenbahn insgesamt 4567 km. Bis Ende 1993 soll sie um 550 km verlängert werden. Außerdem ist die Modernisierung von 1750 km Eisenbahnstrecke vorgesehen.

Das gesamte Straßennetz hatte 1986 eine Länge von rd. 151 488 km. Bislang existieren erst 459 km Autobahn. Nur 14 % der Straßen sind als Hauptstraßen klassifiziert und als Allwetterstraßen ausgebaut. Straßen zweiter Ordnung befinden sich im allgemeinen in einem guten Zustand. Rund 93 000 km allerdings sind einfache Erdstraßen, die zum Teil nur unzureichend den Verkehrsanschluß der ländlichen Regionen sichern. Bis 1994 sollen auf einer Länge von rd. 360 km neue Schnellstraßen bzw. Autobahnen entstehen.

2. Bevölkerung

Schätzungen gingen zur Jahresmitte 1992 bereits von 56,9 Mio. E. aus. Auf die Gesamtfläche bezogen, ergab sich eine durchschn. Bevölkerungsdichte von 34,7 E. pro qkm. In diesen Zahlen nicht enthalten sind die rund 4 Mio. Flüchtlinge, darunter 3 Mio. Afghanen und 1 Mio. Iraker (Schiiten und Kurden).

Tabelle 2: *Bevölkerung*

	1966	1976	1986	1990	1992
Bev. in Mio.	25,8	33,7	49,4	54,6	56,8
E. pro qkm	15,7	20,6	30,2	33,3	34,7
Urbanisationsrate (%)	38,0	47,0	54,3	56,7	..
<hr/>					
Anteile in %					
- unter 15 Jahren	..	44,6	45,5	43,9	..
- unter 20 Jahren	..	55,3	56,0	54,3	..
<hr/>					
Wachstum (p.a. in %)		<u>1970-80</u>		<u>1980-91</u>	
- der Bevölkerung		3,3		3,6	
- der Stadtbevölkerung		5,2		5,0	

Quellen: Stat. Bundesamt 1992; Weltentwicklungsbericht 1993.

Die Ursache für den Anstieg der Wachstumsrate von 3,2% vor 1979 auf 4% in den 80er Jahren war nicht zuletzt das Resultat der Politik der neuen Führung, die sämtliche Maßnahmen zur Geburtenkontrolle bekämpft und Fröhe und Familie gefördert hatte. Die daraus entstehenden wirtschaftlichen Probleme zwangen Regierung und religiöse Führer erst in jüngster Zeit, Maßnahmen zur Familienplanung mit dem Ziel der Drei-Kinder-Familie einzuleiten. Denn nach Schätzungen der UNO würde die iran. Bev. bei gleichbleibend hohem Wachstum bis zum Jahr 2000 auf 78 Mio., bis 2025 gar auf 166 Mio. E. anwachsen.

Der Altersaufbau der Bev. entspricht dem für die meisten EL typischen Aufbau und ist gekennzeichnet durch die Dominanz jüngerer Altersgruppen (vgl. Tab. 2).

Aufgrund der unterschiedlichen klimatischen und geographischen Bedingungen des Landes ergeben sich in der regionalen Bevölkerungsverteilung erhebliche Unterschiede. Im NW leben auf ca. 29% der gesamten Landesfläche ca. 70% der Bevölkerung. Die Bevölkerungsdichte schwankte 1986 zwischen 308 E. pro qkm in der Provinz Teheran und 4,6 E. pro qkm in der Provinz Semnan. In den 80er Jahren wies sechs der 24 Provinzen einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 5-6% auf, bedingt durch Wanderungsbewegungen aus ländlichen Gebieten in die Städte. Die Landflucht ließ die Urbanisationsrate rasch ansteigen (vgl. Tab. 2).

Neben rund 50% Persern und verwandten iran. Völkern (Kurden, Belutschen) stellen osttürkische Aserbajdschaner, Araber, Turkmenen, Armenier und andere Gruppen rund 15% der iran. Bevölkerung. Die Amtssprache *Farsi* ist Umgangssprache für etwa zwei Drittel der Bevölkerung. 10% sprechen verwandte Sprachen wie Belutschi und Kurdisch, etwa 20% eine Turksprache. Bedeutendste Religionsgemeinschaft ist der Islam. Über 90% der Bev. bekannten sich 1987 zu ihm. Nach Schätzungen waren davon 95% Personen schiitischer und 3% sunnitischer Glaubensrichtung.

Die Proklamierung der *Islamischen Republik* hat dazu geführt, daß sich die Zahl der Angehörigen von nichtislamischen Religionsgemeinschaften wie armenische und assyrische Christen, Juden, Parsen und Baha'i infolge von Auswanderung verringert hat. Insbesondere letztere wurden in zunehmendem Maße Opfer von Repressionen, da die Baha'i-Religion nach wie vor verboten ist und nicht zu den als „Schutzbefohlene“ geltenden religiösen Minderheiten nach Art. 13 der Verfassung gezählt wird. Baha'i, die sich offen zu ihrem Glauben bekennen, werden weder zur Schule oder Universität noch zur Arbeit zugelassen. Seit 1979 wurden Hunderte von ihnen verhaftet und etwa 200 getötet. Der „Oberste Revolutionäre Kulturrat“ wies im Febr. 1991 die Behörden an, sich gegenüber den Baha'i so zu verhalten, daß „ihr Fortschritt und ihre Entwicklung verhindert werden“ (lt. FAZ v. 4. 3. 1993).

3. Historischer Abriß

Mit der Machtübernahme durch *Kyros I.* (558–528 v. Chr.) betritt Persien die Bühne der Weltgeschichte. Iran ist also einer der ältesten Staaten der Erde. Der Dynastie der Achämeniden folgen die Dynastien der Araskiden (Parther/ 250 v. Chr. bis 224 n. Chr.) und Sassaniden, deren letzter Herrscher im Jahre 636 in der Schlacht von Qadisiyah von den arabischen Eroberern gestürzt wurde, was die Islamisierung des Landes zur Folge hatte. Erst im 9. Jh. entwickelten sich wieder Ansätze zu einer neben dem arabisch-islamischen Einfluß auch auf persischer Tradition und Sprache beruhenden „nationalen“ Kultur.

Nach den zum Teil mit katastrophalen Verwüstungen einhergehenden Einfällen der Mongolen (1220) und Tataren (*Timur Leng* 1370–1405) bildete sich erst in der zweiten Hälfte des 15. Jh.s eine regionale Konstellation heraus, in der 1500 dem Führer des Ordens der Safawiden, Schah *Ismail I.* (bis 1524), die Gründung der gleichnamigen Dynastie (1501–1722) und, aus heutiger Sicht, die Schöpfung des iran. Nationalstaates gelang. Dabei bedeutete vor allem die unter den Safawiden institutionalisierte Übernahme der *Schia* als Staatsreligion einen entscheidenden Schritt in Richtung auf die Begründung der nationalen Eigenständigkeit.

Nach dem Niedergang der Safawidenherrschaft (1722) und einem turbulenten Interregnum verschiedener Machthaber setzten sich schließlich die ebenfalls turkstämmigen Qadscharen als neue Herrscher durch (1796–1925). Iran war in dieser Periode zum ersten Mal in den Kampf um die kolonialistische Vorherrschaft Europas in Asien verstrickt. Die Herrschaft dieser Dynastie war eine Geschichte wechselvoller Auseinandersetzungen mit Rußland und GB. Besonders Rußland versuchte, sich auf Kosten des Iran auszudehnen. Von ihm besiegt, verzichtete der Schah im Frieden von Gulistan (1813) auf seine Ansprüche auf Georgien und trat im Frieden von Turkomanchai (1828) Armenien an Rußland ab.

Der fortschreitende wirtschaftliche Ausverkauf des Landes und die wach-

sende politische Abhängigkeit führten dann anlässlich der Vergabe der „Tabakkonzessionen“ im Jahre 1890 an einen Engländer zu ersten Massenprotesten, in denen sich die Geistlichkeit, Modernisten, städtische Bevölkerung, Liberale und die Basaris gegen die Regierung verbündeten. Fünf große Ereignisse haben seit Beginn des 20. Jh.s die politische Geschichte des Iran geprägt und verändert:

1. Die „Konstitutionelle Revolution“ von 1905 bis 1911: Von einer demokratischen, anti-feudalen und anti-imperialistischen Gesinnung geprägt, gelang es einer von liberalen Kräften des Adels, der Geistlichkeit und des Großgrundbesitzes getragenen Bewegung, den absoluten Monarchen im Jahre 1907 zur Einsetzung eines Parlaments (*Madjlis*) und zur Einführung einer Verfassung zu zwingen. Im Okt. 1907 wurde eine Gesetzesklausel verabschiedet, die das politische Gewicht des Klerus widerspiegelte: Nicht nur wurde die *Zwölfer-Schia* zur Staatsreligion erklärt, sondern Art. II der neuen Verfassung bestimmte darüber hinaus, daß ein Rat aus mindestens fünf hohen islamischen Rechtsgelehrten die Übereinstimmung der vom Parlament beschlossenen Gesetze mit den Grundsätzen des Islam überprüfen sollte.

Der Iran blieb außenpolitisch nach wie vor von den beiden Kolonialmächten GB und Rußland abhängig, die ihre Rivalität 1907 im Vertrag von Petersburg beilegte, indem sie das Land in drei Einflußzonen aufteilten: eine russische Einflußsphäre, die Nord- und Zentraliran umfaßte, eine britische Zone im SO und eine neutrale Zone zwischen den beiden Zonen, in der 1908 Ölvorkommen entdeckt wurden. Der Zeitraum von 1914 bis zur Machtübernahme durch *Reza Schah Pahlawi* (1925) ist von einer katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung und dem Wirken zentrifugaler Kräfte geprägt, gipfelnd in der Errichtung unabhängiger Republiken in Gilan (1917/18) und Aserbaidschan (1919).

2. *Reza Khans* Putsch im Jahre 1921 und die anschließende Absetzung des letzten Qadscharenherrschers *Ahmed Schah* (1925): Die Pläne *Ahmed Schah's*, nach dem Vorbild von *Mustafa Kemal Atatürk* eine Republik zu gründen, stießen auf den entschiedenen Widerstand der Geistlichkeit, die bereits 1924 unter der Führung des Geistlichen *Modarres* eine Kampagne gegen dieses Vorhaben eingeleitet hatte. Die *Ulema* setzten die angestrebte republikanische Staatsform mit der laizistischen Politik *Atatürks* gleich, der das Kalifat abgeschafft hatte. *Reza Khan* lenkte schließlich ein, ließ sich im Dez. 1925 vom Parlament als König bestätigen und krönte sich 1926 als *Reza Schah Pahlawi* (der Name einer mittelpersischen Sprache und Dynastie). Ideologisch pflegte er einen iran. Nationalismus, bei dem die vorislamische Vergangenheit in den Vordergrund gerückt wurde. Die Jh.e der arabischen Herrschaft wurden zunehmend als Ursache für den Niedergang Irans verantwortlich gemacht.

Gestützt auf Armee und Bürokratie, begann der neue Herrscher das Land zu zentralisieren und zu industrialisieren. Seßhaftmachung der Nomaden, Reformen im Bildungswesen durch Einführung säkularer Volks-

schulen und die Eröffnung der Universität Teheran (1935), die Einführung westlicher Kleidung für die Männer und das Verbot für Frauen, Schleier zu tragen, waren Maßnahmen, die darauf abzielten, die nationale Unabhängigkeit herzustellen, die Zentralgewalt in Teheran zu stärken, die Rolle der Geistlichkeit und des Islam zurückzudrängen und die Grundlage für eine industrielle Entwicklung zu schaffen.

Das Fazit der Herrschaft *Reza Schahs* bis zu dessen Absetzung durch die Besatzungsmächte Sowjetunion und GB (1941) ist ambivalent. Einerseits erlebte das Land „eine bedeutende Modernisierung und Entwicklung“. Iran wurde ein Nationalstaat mit einem funktionierenden Verwaltungsapparat. Auf der anderen Seite waren die Gewinner jedoch in erster Linie die expandierende Bürokratie, das Militär und die besitzende Klasse. Die Herrschaft des Schahs war autokratisch. Zwar trat der *Madjlis* weiterhin zusammen, mußte sich aber darauf beschränken, die Politik des Schahs formal zu bestätigen. Die Ansätze zu einer „Landreform“ machten die Großgrundbesitzer noch reicher und die Bauern noch ärmer (*Steinbach* 1979:93). Auch nach der Einsetzung *Mohammed Rezas*, des Sohnes des abgesetzten Schahs, änderte sich an dieser Grundstruktur des Staates wenig.

3. *Annullierung der Erdölverträge als Maßnahme zur Erlangung der nationalen Unabhängigkeit*: Unter dem Druck der Massen mußte das Parlament 1951 die Nationalisierung der *Anglo-Iranian Oil Company* beschließen. Infolge eines internationalen Ölboykottes führte diese Politik zu einer Krise, in der der Schah das Land verließ. Doch die von Ministerpräsident *Mossadegh*, Führer der *Nationalen Front*, eingeleiteten tiefgreifenden Reformen wurden durch einen von den USA (CIA) und der Armee geführten Gegencoup und die Rückkehr des Schahs zunichte gemacht. Das Parlament verfiel der gleichen Bedeutungslosigkeit wie unter *Reza Schah*. Um so stärker wurde die Armee, die zum einen als innenpolitisches Instrument des Regimes, zum anderen als Instrument der Wahrung westlicher Interessen in der Region eingesetzt wurde.
4. *Die Revolution von 1979*: Ihr Ausbruch war zum einen auf den Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Entwicklung mit rascher Steigerung der Erdöleinnahmen und forcierter Industrialisierung und Einengung des politischen Systems mit nahezu totaler Repression zurückzuführen (*Graham* 1979; *Massarat* 1979). Zum anderen waren die Entstehung von wirtschaftlichen Ungleichgewichten zwischen Landwirtschaft und industriellem Sektor, die Korruption unter den Nutznießern des Entwicklungsprozesses und die Bereicherung des Hofes ausschlaggebend für die iranische Revolution. Dieses Bündel von Faktoren bildete den Nährboden für jene Massenbewegung, die Ende 1977 an der Polytechnischen Universität Teheran begann und Anfang 1978 im religiösen Zentrum Qom zu Sympathiemärschen für *Khomeini* eskalierte.

Nach einer Reihe weiterer Protestaktionen in verschiedenen Städten versuchte das Regime, die Gemüter durch einige religiöse Gesten zu besänftigen: durch die Schließung von Kasinos und die Zensur einiger anstöß-

ßiger Filme, die Wiedereinführung der islamischen Zeitrechnung und die Ablösung von Premier *Amuzegar* durch den aus einer religiösen Familie stammenden *Scharif Emami*. Doch die Opposition ließ sich durch solche Gesten nicht mehr von ihrem Konfrontationskurs abbringen. Während die zuvor im Untergrund agierende *Nationale Front* mit einem 12-Punkte-Programm an die Öffentlichkeit trat, in dem sie die Wiederherstellung der Verfassung von 1907 und eine Freilassung politischer Gefangener forderte, kam es zum Ende des Fastenmonats *Ramadan* zu Großdemonstrationen in mehreren Städten, die immer lautstärker die Rückkehr *Khomeinis* und die Abdankung des Schahs forderten.

Für das Schah-Regime wurde die Entwicklung erst im Nov. 1978 bedrohlich, als infolge eines Streiks auf den Ölfeldern die Ölproduktion von 6 Mio. bpd auf nur noch 230 000 bpd sank. Der Schah versuchte, sich durch eine Flucht nach vorne zu retten: Er beauftragte den stellvertretenden NF-Vorsitzenden *Shapour Bachtiar* mit der Bildung einer neuen Regierung. Obwohl dieser eine Politik im Geiste *Mossadeghs* ankündigte, wurde er von der NF-Führung ausgeschlossen und von *Khomeini* aus dem Pariser Exil für illegal erklärt. Damit war auch dieser Rettungsversuch gescheitert. Als es dann am 14. 1. 1979 während einer Demonstration zu Verbrüderungen zwischen den Soldaten und Demonstranten kam, war dem Schah auch die militärische Machtstütze entglitten. Am Tag darauf verließ er den Iran.

Am 1. 2. 1979 kehrte *Khomeini* nach 15-jährigem Exil zurück und beauftragte den Vorsitzenden der „Gesellschaft zur Verteidigung der Freiheit und der Menschenrechte“, *Mehdi Bazargan*, mit der Bildung einer Gegenregierung, die vom größten Teil des Verwaltungsapparates unterstützt wurde. *Bachtiar* trat zurück, nachdem die Armeeführung ihre Neutralität im Kampf um die legitime Führung erklärt hatte. Damit war der Weg zur Machtübernahme durch *Khomeini* und *Bazargan* geebnet. Bereits am 30. 3. 1979 wurde der Iran durch ein Referendum zur *Islamischen Republik* erklärt und im Nov. eine „Islamische Verfassung“ per Volksentscheid verabschiedet. Diese hier nur ansatzweise skizzierte Entwicklung verdeutlicht, daß es der Geistlichkeit erst allmählich gelang, sich an die Spitze der Protestbewegung zu setzen (vgl. *Nirumand* 1985).

Neben der politischen Rolle des Klerus in der iran. Geschichte, dem politischen Vakuum, das durch die Zerschlagung jeglicher Opposition während des Schah-Regimes entstanden war, und der ideologisch-politischen Fraktionierung der Oppositionskräfte lassen sich mindestens vier weitere Faktoren aufzählen, die für die Machtergreifung der Geistlichkeit günstige Voraussetzungen geschaffen hatten.

- Ausdrucksformen der Religion, die über alle Klassen und Schichten hinweg verstanden wurden. Die Religionssprache bot zudem eine Möglichkeit, das Rede- und Druckverbot außerhalb der Moscheen zu umgehen.
- Die Organisationsformen der Geistlichkeit, die vor Übergriffen der Polizei und SAVAK einigermaßen geschützt waren, und deren Zentren sich auf alle Regionen und Stadtteile verteilten. Insgesamt verfügte sie über

eine Infrastruktur mit 80 000 Moscheen und Heiligtümern und konnte dieses Netz benutzen, um Informationen zu verbreiten und den Widerstand zu formieren.

- Finanzielle Unabhängigkeit, beruhend auf Einkünften aus Frommen Stiftungen (Moscheen, Heiligtümer, Schulen und Grundbesitz) und der Religionssteuer (*Zakat*).
- Die Rolle und charismatische Persönlichkeit *Khomeinis* (vgl. *Nirumand/Daddjou* 1987; *Encke* 1989).

5. *Der am 23. 9. 1980 mit einer Blitzoffensive Iraks begonnene und nach fast acht Jahren zu Ende gegangene irakisch-iran. Krieg:* Dieser Krieg war nicht nur einer der längsten konventionellen Kriege des Jahrhunderts, sondern mit 500 000 Toten und annähernd 1 Mio. Verwundeten auch einer der grausamsten und mit Kriegskosten von ca. 350 Mrd. US-\$ der kostspieligste Krieg nach dem II. Weltkrieg. So sehr er bislang als ein Kampf des laizistischen Baath-Regimes gegen die schiitische Gottesstaatsideologie und als Ausdruck des „Exportes der Revolution“ bewertet oder aber als Wiederauflage alter Gegensätze zwischen Persern und Arabern interpretiert wurde, da *Saddam Hussein* den Krieg „*Saddams Quadisiyah*“ nennen ließ, war der Ausbruch des Krieges die Manifestation eines seit 1923 „verschleppten“ Konflikts um die Grenzziehung am Schatt-al-Arab, der bereits früher, im Kontext des Verdrängungswettbewerbs um die regionale Hegemonie, Gegenstand von Auseinandersetzungen gewesen war (vgl. *Ferdowsi* 1988).

Für den Ausbruch des Krieges entscheidend war das durch den Sturz des Schahs entstandene politische Vakuum. *Saddam Hussein* erhoffte sich von dem Krieg eine Schwächung oder gar Beseitigung der iran. Revolutionsregierung. Damit hätte Irak sich nicht nur den konservativen arabischen Monarchien als Stütze empfehlen können, die ihre Herrschaft vor dem Überspringen des revolutionären Funkens sichern wollten, sondern auch der Weltöffentlichkeit als Garant für die Sicherheit der Region.

Auch für die iranischen Machthaber war der Krieg ein „Geschenk des Himmels“, bot er doch die Möglichkeit, alle bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Mißstände zu rechtfertigen, die revolutionären Energien nach außen zu lenken und Armee und Revolutionswächter zu beschäftigen (*Lerch* 1988). Der Verlauf des Krieges hat allerdings die Hoffnungen Iraks zunichte gemacht. So konnte Iran nach anfänglichen Niederlagen seine besetzten Gebiete wieder befreien und in späteren Offensiven sogar irakisches Gebiet besetzen.

Mit dem sog. „Tankerkrieg“ versuchte Irak ab 1986 nicht nur, die Finanzquellen Irans trocken zu legen, sondern auch den Krieg zu internationalisieren, sollte der Iran seine Drohungen wahr machen und die Straße von Hormuz für alle Öltransporte schließen. Doch erst die Zerstörung der US-Fregatte *Stark* am 17. 5. 1987 durch den Irak veranlaßte die USA und einige westeuropäische Staaten zu stärkerem militärischen Engagement und zur Entsendung von Kriegsschiffen. Irak verstärkte erst seit 1988 seine Be-

mühungen, durch die massive Bombardierung iran. Städte, Erdölförder- und Industrieanlagen den Iran an den Verhandlungstisch zu zwingen – nicht ganz ohne Erfolg.

4. Wirtschaftliche Struktur und Entwicklung

Obleich die Regierung zu Beginn der 90er Jahre im Rahmen des Fünfjahresplans für 1990–95 mit Gesamtausgaben von 383,6 Mrd. US-\$ eine gigantische wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung ankündigte, hat eine Reihe von strukturellen Defekten des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems dazu beigetragen, daß sie bislang weit davon entfernt ist, ihre Pläne zu erfüllen: Stärkung der Verteidigungskapazität, Wiederaufbau und Modernisierung von Produktionsmitteln, Verbesserung von Infrastruktur und Siedlungen, mit erhöhter Unabhängigkeit verbundenes Wirtschaftswachstum, Selbstversorgung bei strategischen Gütern, Reform der Verwaltung, Schaffung klarer Rechtsgrundlagen, Verwirklichung islamischer sozialer Gerechtigkeit, bessere Ausbildung usw.

Tabelle 3: Entstehung des BIP (Anteile in %)

	1965	1973	1980	1990
Landwirtschaft	24,2	12,6	16,3	20,6
Industrie	34,1	49,4	32,3	20,1
- Verarb. Industrie	11,6	12,5	10,0	7,4
Dienstleistungen	36,0	33,8	49,0	57,0
Indirekte Steuern	5,8	4,2	2,4	2,6 ^a

^a 1989

Quelle: Trends in Developing Economies 1992 (Weltbank).

Tabelle 4: Wirtschaftswachstum (im jährlichen Durchschnitt)

	1965-73	1973-80	1980-91	1991
Landwirtschaft	5,2	3,0	3,7	2,5
Industrie	10,5	-10,2	3,7	7,5
- Verarb. Industrie	13,7	0,5	0,6	8,0
Dienstleistungen	11,9	1,5	1,6	2,6
-----	-----	-----	-----	-----
BIP	10,2	-1,7	2,5	4,6
BSP	11,1	-1,7	2,5	5,0
BSP pro Kopf	8,3	-2,8	-2,0	..
Importkapazität	18,5	-7,8	-6,6	-12,1

Quelle: Trends in Developing Economies 1992 (Weltbank).

Struktur- und Kriegsfolgeprobleme erschwerten oder behinderten die Realisierung der o.g. Vorhaben: Erstens die durch Kriegseinwirkungen stark angeschlagene bzw. zerstörte Infrastruktur; zweitens der Rückgang der Industrieproduktion infolge ausgebliebener Reparaturen und Investitionen während des Krieges, drittens eine Inflationsrate von fast 40 % aufgrund des geringen Güterangebots; viertens die große Zahl von Erwerbspersonen, die sich zwischen den Volkszählungen von 1986 und 1990 von 12,8 auf 15,8 Mio. erhöht hatte, aber nicht produktiv absorbiert werden konnte.

Die Arbeitslosigkeit wurde zu Beginn der 90er Jahre amtlich auf 30–40 % geschätzt, dürfte aber tatsächlich noch höher liegen. Ein besonderes Problem in einer Gesellschaft mit einem hohen Anteil jüngerer Altersgruppen (vgl. Tab. 2) bildet die steigende Zahl von Schulabgängern, die keine feste Beschäftigung finden können (teilweise auch deshalb, weil sie am Bedarf vorbei ausgebildet wurden). Ein zusätzliches soziales Problem entstand durch die hohe Zahl der im Krieg verkrüppelten Personen im erwerbsfähigen Alter. Die geringe Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben (vgl. Tab. 5) entlastet zwar den Arbeitsmarkt, erschwert aber ihren Ausbruch aus der traditionellen Rollenzuweisung.

Tabelle 5: *Daten zur Beschäftigungslage*

	1966	1976	1986	1990
Erwerbspersonen (Tsd.)	7842	9796	12821	15253
- Männer	6808	8347	11512	12510
- Frauen	1034	1449	1308	2743
Anteil an der erwerbsfähigen Bev. (in %)	46,1	42,6	39,0	42,1

Quelle: Stat. Bundesamt 1992.

Die wirtschaftliche Entwicklung wurde außerdem durch den geringen Anteil des Privatsektors gelähmt. Er liefert zwar etwa ein Fünftel der Industrieproduktion, beschränkt sich jedoch weitgehend auf die wenig innovative Konsumgüterindustrie. Bisher blieb auch der ernsthafte Versuch aus, die in der Schah-Zeit eingeleiteten strukturellen Fehlplanungen in Landwirtschaft und Industrie zu korrigieren. Auf dieser Grundlage können weder die Verheißungen der „islamischen Revolution“ erfüllt noch die ambitionierten Ziele des laufenden Fünfjahresplanes verwirklicht werden.

4.1 Landwirtschaft

Die Agrarpolitik der vergangenen drei Jahrzehnte wurde von zwei wesentlichen Entwicklungen bestimmt: zum einen durch die drei Phasen der Landreform (1962–72) und zum anderen durch Förderungsprogramme. Doch alles deutet darauf hin, daß diese Landreform allenfalls jene Voraussetzungen

schaffen sollte, die die Modernisierungstheoretiker dem Agrarsektor zuweisen:

- Das große Potential an Arbeitskräften, die weitgehend in Abhängigkeit von den Landbesitzern lebten und sich zumeist mit Hungerlöhnen zufriedengeben mußten, sollte freigesetzt werden;
- die erbärmlichen Einkommen der Massen sollten verbessert werden, um die nötige Kaufkraft für eine florierende Industrie zu schaffen;
- durch die Modernisierung der Landwirtschaft sollten die nötigen Nahrungsmittel für eine wachsende Zahl der nicht in der Landwirtschaft tätigen Bev. bereitgestellt und die Lieferung agrarischer Rohstoffe für die Industrie sichergestellt werden.

Die Landreform initiierte zwar auf dem von Großgrundbesitz und allen Strukturmerkmalen der Unterentwicklung geprägten Hinterland einen tiefgreifenden Wandel, der jedoch weder zu einer erhöhten Agrarproduktion führte noch die sozialen Reformerwartungen der Bauern erfüllte. Dies lag zum einen an der Halbherzigkeit der im Rahmen der „weißen Revolution“ durchgeführten Landreform. Sie erlaubte es den Großgrundbesitzern, für sich das Beste aus dem Gesetz herauszuholen bzw. dieses zu umgehen, z. B. durch die Übertragung von überschüssigem Land an Verwandte, Schein-Mechanisierungen, die den Vorwand für Landvertreibungen lieferten, oder Deklaration des Grundeigentums als „Obstplantagen“, die von der Reform nicht erfaßt worden waren. Allein die Nutzung dieser Möglichkeit hat dazu geführt, daß 1962–68 die Pistazien- und Apfelproduktion nominell um ca. 600 % anstieg (*Halliday* 1979:108).

Weitaus gravierender war allerdings die parallel laufende Bildung von landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften und agro-industriellen Kombinate, um die Agrarproduktion zu steigern. Die sozial folgeschwere Begründung lautete: „Die kleinen und relativ unproduktiven Bauern sind eine Extravaganz, die sich das Land nicht mehr leisten kann.“

Bereits die Statistiken von 1976 verdeutlichten, wie ineffektiv diese Betriebe wirtschafteten. Während nur ganze 4 % der Produktion von den mechanisierten Großbetrieben und 9 % von traditionellen Großbetrieben beigesteuert wurden, stammten etwa 77 % der vermarkteten Erzeugnisse aus mittleren und kleineren Betrieben, die auf traditionelle Weise produzierten (*Planck* 1980:178). Die Gründe für diese Ineffektivität waren neben dem Drang zum Gigantismus

- die Übermechanisierung und damit Überkapitalisierung;
- die unzureichende lokale Infrastruktur, insbesondere für die Bearbeitung und Vermarktung der erzeugten Agrarprodukte;
- die ungenügende Vorbereitung der Projekte, unzureichende Erforschung der Sortenwahl und Erntevoraussetzungen; unzureichende Versorgung mit Wasser;
- die mangelnde Versorgung mit ausgebildeten Fachkräften, da diesen in nahegelegenen städtischen Industriezentren doppelt so hohe Löhne gezahlt wurden wie auf dem Lande. Die Folge war, daß die auf fremde Arbeitskräfte

angewiesenen Betriebe zunehmend unter dem Mangel an Arbeitskräften litten und sich mit steigenden Lohnforderungen der Landarbeiter konfrontiert sahen.

Aufgrund der durch die Landreform ausgelösten Organisationsprobleme, der produktionshemmenden Unsicherheiten unter den Bauern sowie der unzureichenden Versorgung mit Krediten blieb nicht aus, daß die Agrarproduktion pro Kopf nach der Landreform weiter hinter der Pro-Kopf-Produktion in den Jahren vor der Reform zurückblieb (1968: 107; 1973: 93).

Die unzureichende Förderung der Kleinbauern, die zwar neues Land, aber keine ausreichende technische und finanzielle Unterstützung erhielten, aber auch die wachsenden sozialen Disparitäten zwischen Stadt und Land beschleunigten die Landflucht von durchschnittlich 500 000 Menschen pro Jahr, mit dem Ergebnis, daß sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung ungewöhnlich rasch veränderte (vgl. Tab. 2). Der Beitrag des Agrarsektors zum BIP, der in den 50er Jahren noch bei 38 % gelegen hatte, fiel innerhalb eines Jahrzehnts von 23 % (1966) auf 9,6 % (1976), wobei allerdings die Steigerung der Erdöleinnahmen den Zahlenvergleich verzerrt.

Mit dieser Politik gelang es dem Schah-Regime zwar, seine Zielvorstellung von einer modernen Industriegesellschaft zu verwirklichen, indem es die Landwirtschaft zugunsten des industriellen Sektors „passiv“ sanierte, doch diese Entwicklung bewirkte zugleich eine Steigerung der Nahrungsmittelimporte. Während die Nachfrage nach Nahrungsmitteln in der 5. Fünfjahresplanung (1973–78) um 10–15 % jährlich zunahm, nahm die Eigenproduktion nur um 4 % zu.

Angesichts dieser Ergebnisse der „weißen Revolution“ verwundert es nicht, wenn der Sieg der Revolution gerade für die Bauern die Hoffnung auf eine grundlegende Reform der Grundbesitzverhältnisse aufkommen ließ. Die Revolutionsführung hatte Landreformen versprochen, und direkt nach dem Sturz des Schahs war es zu spontanen Landbesitznahmen gekommen. Zwischen Sept. 1979 und April 1980 wurden insgesamt fünf „Gesetze zur Überlassung und Urbarmachung von Ländereien“ erlassen. Allerdings deutete sich bald der wachsende Widerstand seitens mancher einflußreicher Gruppen gegen eine echte Reform der Bodenbesitzverhältnisse an. Aufgrund massiver Proteste von Großgrundbesitzern und eines nicht geringen Teils des Klerus erging schließlich am 20. 10. 1980 *Khomeinis* Anweisung, „mit Rücksicht auf die derzeitige Lage und für die Vermeidung der Gegensätze und Zwietracht, vorläufig die Überlassung von Grund und Boden einzustellen“ (nach *Kooroshy* 1987: 235).

Die ständige Betonung islamischer Prinzipien in diesem Zusammenhang läßt vermuten, daß Religion hier allenfalls als Instrument zur Erhaltung gesellschaftlicher Privilegien eingesetzt wurde. Interessenkonflikte standen auch hinter den Streitigkeiten zwischen den verschiedenen staatlichen Institutionen (Parlament, Wächterrat), die schließlich maßgeblich für das Scheitern sowohl der Landreform als auch der Reformen der Wirtschaftsordnung verantwortlich waren.

Erst nach vierjährigen Auseinandersetzungen zwischen *Majlis* und Wächterrat konnte das Parlament am 30. 10. 1986 ein achttes Gesetz mit Zweidrittel-Mehrheit beschließen, das sich allerdings nur auf Ländereien bezog, die „nach dem Sieg der Revolution bis zum Ende des Jahres 1981 (in den von Kurden bewohnten Gebieten bis zum Ende des Jahres 1985) von Nicht-eigentümern angeeignet und bebaut wurden.“ Diese Ländereien sollten „den Bauern überlassen werden, die sie besetzt haben, vorausgesetzt, daß sie landlos sind oder kein ausreichendes Land besitzen, kein ausreichendes Einkommen aus anderen Quellen haben und ortsansässig sind“ (nach *Kooroshy* 1987: 240).

Im Rahmen des Gesetzes sollten den Bauern ca. 800 000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche übertragen werden, die 5600 Grundherren gehört hatten. Diese Fläche wurde von ca. 120 000 Bauernhaushalten bebaut. Verglichen mit den ca. 13 Mio. ha an bebauter Nutzfläche mit ca. 4,5 Mio. Bauernhaushalten machen die überlassenen Ländereien etwa 6 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche aus. Somit ist die Frage einer umfassenden Landreform keineswegs gelöst.

4.2 Industrialisierung

Die Industrialisierungspolitik unter der *Pahlawi*-Dynastie konzentrierte sich auf eine massive Investitionstätigkeit des Staates, die mit den wachsenden Einnahmen aus dem Erdöllexport finanziert wurde (vgl. *Halliday* 1979). Die staatlichen Investitionen sollten günstige Startbedingungen für das in- und ausländische Privatkapital schaffen und die Funktion einer Initialzündung übernehmen, sich ansonsten auf den Aufbau strategisch wichtiger Grundindustrien und auf weniger profitträchtige Bereiche, in denen das Privatkapital nicht tätig werden wollte, beschränken.

Das Land hatte dabei alle Vorteile der von den Modernisierungstheorien aufgezählten Voraussetzungen, nämlich: die notwendigen finanziellen Mittel, die es in die Lage versetzten, Investitionen zu tätigen, ohne Kredite im Ausland aufnehmen zu müssen; einen potentiellen Markt von ca. 35 Mio. Menschen; eine breite Palette an mineralischen und landwirtschaftlichen Rohstoffen; einen starken Staat, der daran interessiert war, ein Industrialisierungsprogramm durchzuführen.

Diese Industrialisierungsstrategie scheiterte u. a. deshalb, weil sie nicht den Möglichkeiten und Bedürfnissen des Landes, sondern den Großmachtambitionen eines Monarchen folgte, der im Öltrausch von 1973 verkündete, er werde seinem Land noch zehn Jahre Zeit geben, um eine Weltmacht zu werden. Diese Großmachtambitionen und Neigung zur Gigantomanie überschätzten die Kräfte des Landes und führten zu kostspieligen Fehlplanungen. Der rasche sozioökonomische Wandel vollzog sich sektoral und regional höchst ungleichgewichtig und ungleichzeitig. Neben der Großindustrie und Erdölwirtschaft, die im Eiltempo mit hohem Kapitaleinsatz entwickelt

wurden, verkümmerten die traditionelle Landwirtschaft und Kleinindustrie, das Handwerk und der Kleinhandel.

Es liegt daher nahe, die Entwicklungsstrategie der *Islamischen Republik* als eine Reaktion auf die vom Schah-Regime verfolgte Modernisierungsstrategie zu interpretieren. So versuchte die Revolutionsregierung, aus den Traditionen des Islam ein eigenes Entwicklungskonzept abzuleiten. Art. 4, Grundsatz 43, der Verfassung verpflichtet den Staat zur „Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse im Entwicklungsprozeß“. Diese grundbedürfnisorientierte Entwicklungspolitik basierte auf jenen „Anti-Perspektiven“, die *Bani-Sadr* bereits in seinem Pariser Exil entwickelt hatte. Bei genauerer Analyse läßt sich in diesen Abhandlungen allerdings wenig spezifisch Islamisches finden. Ihre Grundgedanken können auch in der im Westen diskutierten Theorie der „autozentrierten Entwicklung“ entdeckt werden (vgl. Meyer 1987):

- Abkehr von der Hauruck-Industrialisierung der Schah-Zeit, Förderung der Klein- und Mittelindustrie sowie Entwicklungspriorität für die Landwirtschaft;
- Binnenorientierung der gesamten Volkswirtschaft und soweit wie möglich Abkoppelung von den internationalen Finanzmärkten;
- Abbau der Abhängigkeit von den entwickelten IL bis auf das entwicklungspolitisch notwendige Maß und verstärkte Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt;
- Aufrechterhaltung des „vom Islam gewollten privaten Eigentums“ und Forcierung des Handels, der das traditionelle unternehmerische Betätigungsfeld im Islam ausmacht.

Es ließe sich vortrefflich darüber debattieren, ob es der Machtoligarchie langfristig gelungen wäre, ein solches Wirtschaftssystem zu implementieren, wäre der Krieg mit dem Irak nicht ausgebrochen, der in erheblichem Maße finanzielle und personelle Ressourcen absorbierte und zu einer Vernachlässigung produktiver Investitionen führte.

Nach dem Waffenstillstand (1988) entbrannte die Diskussion um den Entwicklungsweg neu (*Kooroshy* 1990). Einiges deutet darauf hin, daß die einflußreichsten Kräfte für die Übernahme des exportorientierten Industrialisierungskonzepts plädierten. Dieses Konzept beinhaltete neben dem Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Industrieanlagen auch die Beendigung der Blockade alter Projekte und die Entwicklung neuer Projekte zur Exportproduktion (*Allafi* 1990:607).

Die Regierung will die Exporte von Fertigprodukten erhöhen und dadurch die Dominanz der Ölexporte als Hauptdevisenquelle vermindern (Diversifizierung). Im Umfeld dieser Politik versucht sie, mit der Reprivatisierung der in der Anfangsphase der Revolution verstaatlichten Betriebe bestimmte Schichten der Technokraten zu gewinnen. Mit Krediten, ausländischen Devisen zu günstigen Preisen und Lockerungen der bürokratischen Kontrollen bemüht sie sich darum, exportorientierte Produktionszweige zu fördern. Sie wirbt zunehmend um die Gunst ausländischer Investoren, um im Rahmen von *Joint-ventures* zu einer Zusammenarbeit im Exportbereich zu kommen.

Der Industrialisierungsprozeß erstreckt sich dabei auf zwei Ebenen: einmal auf die modernen Branchen und Sektoren, die von der Metall- über die Elektro- bis zur Chemieindustrie reichen; zum anderen auf die traditionellen Industriezweige wie Textil- und Nahrungsmittelindustrie. Neben einer Steigerung der Produktion im Stahlwerk von Isfahan von derzeit 1,1 Mio. t auf 4 Mio. t soll das Stahlwerk in Ahwas seine Produktion von derzeit 70 000 t bis Ende des Fünfjahresplanes 1995 auf 1,5 Mio. t erhöhen.

Im Rahmen des Fünfjahresplanes (1990–95) ist außer der Produktion von Blei und Zink auch die Erweiterung des Kupferkomplexes in der Provinz Kerman vorgesehen, dessen Bau im Jahr 1971 begonnen wurde und der mit 1,2 Mrd. t Ressourcen das zweitgrößte Werk der Welt ist. Dort werden derzeit jährlich 12 000 t Kupfer produziert, was bisher allerdings noch nicht für Exportzwecke ausreichte, da der Eigenverbrauch in den Jahren 1985–87 zwischen 12 und 15 000 t schwankte. Der Iran könnte allerdings zu einem wichtigen Exporteur von Kupfer und Kupferprodukten aufsteigen, wenn man die Produktionskapazität von jährlich 140 000 t ausschöpfte und weitere Fabrikationsstätten errichtete.

Neben Kupfer soll auch die Aluminiumproduktion für Exportzwecke kräftig erweitert werden. Bedeutendste Produktionsstätte ist das Aluminiumwerk von Arak mit einer jährlichen Produktion von 70 000 t, die im Laufe des Fünfjahresplanes auf 120 000 t gesteigert werden soll.

Seit Mitte der 80er Jahre ist die Produktion bzw. Montage in allen Branchen der Automobilindustrie zurückgegangen. Dies führte zu einer beispiellosen Spekulation auf dem Automarkt. Nach offiziellen Angaben werden zur Zeit etwa 70 *Peykan* täglich produziert. Doch diese Zahl blieb weit hinter der Nachfrage zurück. Nach neuesten Plänen sollen im Rahmen eines Vertrages mit Frankreich bald täglich 100 *Peugeot 405* produziert werden. Wichtiger wäre freilich die Steigerung der Produktion von landwirtschaftlichen Fahrzeugen im Tabrizzer Traktorenwerk, das eine Jahreskapazität von 10 000 Traktoren hat.

Außerdem sind der Wiederaufbau und Ausbau weiterer Branchen im Gange, so z. B. der Bau neuer Raffinerien in Arak und Bandar Khomeini, der Wiederaufbau von acht bereits vorhandenen Raffinerien und der beiden petrochemischen Komplexe sowie der Neubau von 35 Fabriken in Bereichen wie der Gummi-, Zement- und Papierindustrie. Im Rahmen des Fünfjahresplanes sollen durch diese Projekte rund 2 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Doch litten alle diese Baupläne unter einem Mangel an Baumaterialien, so daß die Planziele kaum erreicht werden können.

4.3 Außenwirtschaft

Trotz aller Beteuerungen, sich vom Westen unabhängig machen zu wollen, ist der Außenhandel nach wie vor in hohem Maße von der Preisentwicklung auf dem Weltenergiemarkt abhängig, da – unverändert seit den 70er Jahren –

90–95 % aller Exporte aus Rohölverkäufen bestehen. Der Preisverfall auf dem Welterdölmarkt zur Mitte der 80er Jahre sowie Produktions- und Verladebeeinträchtigungen durch den Krieg mit dem Irak begrenzten erheblich die Importfähigkeit. 1986 gingen die Einnahmen aus dem Ölexport gegenüber 1983 um mehr als zwei Drittel zurück (vgl. Tab. 6). Erst nach 1989 ermöglichten steigende Ölpreise und die allmähliche Überwindung der Kriegsschäden eine Ausweitung des Außenhandels.

Tabelle 6: *Handels- und Zahlungsbilanz (in Mio. US-\$)*

	1981	1983	1986	1988	1991
Exporte (fob)	11831	21507	7171	10709	15785
- Erdöl	11491	21150	6255	9673	14443
Importe (fob)	13138	18027	10585	10608	18744 ^a
Handelsbilanz	-1307	3480	-3414	101	-2959
Zahlungsbilanz	-3446	358	-5155	-1868	-3961 ^b

^a lt. WEB 1993: 21688 Mio. US-\$; ^b lt. WEB 1993: -7806 Mio. US-\$

Quellen: Balance of Payments Statistics Yearbook 1992; Trends in Developing Economies 1992 (für 1991).

Die Bemühungen um eine Diversifizierung der Exportstruktur hatten bislang noch keinen Erfolg. Die Exporte neben dem Erdöl konzentrieren sich weiterhin auf einige wenige traditionelle Produkte und bestehen gut zur Hälfte aus Teppichen und Pistazien. Bei den Importen stellen Maschinen, elektronische Erzeugnisse und Fahrzeuge den größten Anteil, gefolgt von Stahl- und Metallprodukten. Nahrungsmittel haben einen Importanteil von 12–15%. In den frühen 80er Jahren verengten zudem Importe von militärischen Gütern, deren Wert für 1985 auf 30–40% der Gesamtimporte geschätzt wurde, die Importfähigkeit.

Die Bundesrepublik Deutschland, die USA und GB waren traditionell die wichtigsten Handelspartner. Nach der Revolution wurde Japan zum wichtigsten Abnehmer iran. Erdöls. Die EG-Länder blieben aber die bei weitem wichtigsten Handelspartner, wobei die Bundesrepublik als Lieferant und Italien als Abnehmer den größten Anteil hat. Die Bundesrepublik profitierte zu Beginn der 90er Jahre vor allem von der steigenden Nachfrage nach Investitionsgütern, die das Investitionsprogramm des laufenden Fünfjahresplans auslöste.

Zur Belebung des Außenhandels wurde im Herbst 1991 eine Reform des Außenhandelssystems beschlossen, das Importe und Exporte erleichtern sollte. Der Abbau bürokratischer Hindernisse und dirigistischer Kontrollen sollte den Privatsektor zu außenwirtschaftlichen Aktivitäten animieren, die Aufhebung von Preis- und Distributionskontrollen über bestimmte Güter sollte den Regelungsmechanismus von Angebot und Nachfrage reaktivieren.

Dem Ziel der Liberalisierung und Revitalisierung des Außenhandels

diente auch der Beschluß der Regierung vom April 1993, die Landeswährung *Rial* voll konvertibel zu machen. Der neue amtliche Kurs wurde auf 1541 *Rial* pro US-\$ festgesetzt, was einer Abwertung des *Rial* um 95,6 % gleichkam. Bis dahin gab es drei verschiedene Wechselkurse: einen amtlichen Kurs von 70 *Rial* pro US-\$ für die Einfuhr von Grundnahrungsmitteln und Medikamenten, um deren Preis zu subventionieren; einen Präferenzkurs von 600 *Rial* pro US-\$ für Kapitalgüterimporte und einen für alle übrigen Geschäfte flotierenden Marktkurs von 1500 *Rial* pro US-\$, der nunmehr annähernd als amtlicher Kurs bestätigt wurde.

Tabelle 7: *Auslandsverschuldung (in Mio. US-\$)*

	1980	1985	1988	1990	1991
Gesamtsschulden	4508	6057	5831	9021	11511
Kurzfr. Schulden	0	3667	3776	7224	8775
Langfr. Schulden (LDOD) ^a	4508	2390	2055	1797	2736
Öffentl. Gläubiger (LDOD)	903	520	413	225	164
Private Gläubiger (LDOD)	3605	1870	1642	1572	2572
Schuldendienst	963	613	625	655	777
<hr/>					
Schulden/BSP (%)	..	3,2	4,4	7,6	10,8
Schuldendienstquote	..	4,1	5,6	3,5	4,6

^a öffentlich und öffentlich verbürgt

Quelle: World Debt Tables 1992-93.

Während die Regierung in den 80er Jahren bestrebt war, trotz der hohen Kriegskosten die Auslandsverschuldung auf einem niedrigen Niveau zu halten, stieg diese zu Beginn der 90er Jahre sprunghaft an, wobei der hohe Anteil von kurzfristigen Verbindlichkeiten auffällt (vgl. Tab. 7). Zur Finanzierung des ambitionierten Investitionsprogramms im Rahmen des Fünfjahresplans sind bis 1995 Auslandskredite in Höhe von 27 Mrd. US-\$ eingeplant. Auch in dieser Bereitschaft, die Risiken einer höheren Auslandsverschuldung einzugehen, ist ein deutliches Abrücken von den auf Unabhängigkeit bedachten Prinzipien der 80er Jahre zu erkennen.

Von einer konsequenten Öffnung gegenüber dem Westen erhoffen sich nicht zuletzt die Basaris, die eine wirtschaftlich mächtige Klasse bilden und die wesentlich zum Fall des Schahs beigetragen haben, neue Exportmärkte und bessere Geschäfte. Doch solange die Beziehungen zum Westen, insbesondere zu den USA, von Mißtrauen geprägt bleiben, wird die Regierung die Wirtschaft schwerlich in Schwung bringen können. Denn die wichtigsten IL bringen ihr Kapital nur zögerlich in den Iran, nicht zuletzt wegen *Khomeinis* Todesurteil gegen *Salman Rushdie*.

5. Soziale Entwicklung

Die Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit haben sich in den 80er Jahren – auch kriegsbedingt – dramatisch verschlechtert.

Die Alphabetisierungsrate lag 1990, bezogen auf alle Erwachsenen, bei 54%. Dabei gibt es jedoch gravierende Unterschiede sowohl zwischen Stadt und Land als auch zwischen Männern und Frauen (43%) sowie zwischen den Regionen: Während in Teheran der Anteil der Alphabeten nach dem Zensus von 1986 schon 82% betrug, lag die Alphabetisierungsrate in den Provinzen Isfahan, Semnan, Yazd und Fars erst bei 30–40%.

Tabelle 8: *Sozialindikatoren*

	1960	1970	1980	1990
Lebenserwartung bei Geburt	50	54,8	59,4	66,2
Säuglingssterblichkeit	163	131,2	106,6	88,3
E. pro Arzt	..	3270	2721	3140
Zugang zu Trinkwasser (in % der Bev.)	51 ^a	89 ^b
-----	-----	-----	-----	-----
Alphabetenquote	16	29	50	54
Einschulungsraten (%)				
- in Primarschulen	41	72	87	112
- Mädchen	27	52	80	106
- in Sekundarschulen	12	27	44	56
- Mädchen	..	18	..	47

a 1975–80; b 1988–90

Quellen: Human Development Report 1993; World Tables 1992;
Weltentwicklungsberichte; Stat. Bundesamt 1992.

Obgleich es eines der vorrangigsten Ziele der Regierung war, eine größere Gleichverteilung der Einkommen herzustellen, lebten nach einer Studie aus dem Jahr 1986 rund 12 der damals 47 Mio. Iraner unterhalb der Armuts-grenze, 22 Mio. knapp über dem Existenzminimum; weniger als 12 Mio. verfügten über ein mehr oder weniger auskömmliches Einkommen. Das Verhältnis zwischen den 10% Haushalten mit dem niedrigsten und höchsten Einkommen lag 1977 bei 1:32. Diese Disparität verringerte sich zwar bis 1980 auf 1:25, vergrößerte sich aber in den 80er Jahren wieder, weil die Real-lohnentwicklung nicht mit dem Anstieg der Inflationsraten von 25–50% Schritt hielt.

Der Versuch der Regierung, die staatlichen Subventionen abzubauen, die pro Jahr mit etwa 3 Mrd. US-\$ nahezu 15% des Gesamthaushalts verschlangen, bewirkte drastische Preissteigerungen und Reallohnverluste. So sind zwischen Mai und Sept. 1992 die Preise für Hühner um mehr als 60%, für Eier um 41% und für Tomaten um 55% gestiegen. Für einen Staatsangestellten mit einem Durchschnittsgehalt von 60 000 *Rial* zählte ein Kilo Fleisch zum Preis von 5000 *Rial* schon fast zum Luxus. Sozialen Sprengstoff enthält

auch die Wohnungsnot. Sie trieb die verarmenden Massen Mitte August 1991 zum Protest, als es in mehreren Städten zu regierungsfeindlichen Kundgebungen kam.

Aufgrund kriegsbedingter Budgetkürzungen waren der geplanten Verbesserung der Gesundheitsversorgung für die ländliche Bev. Grenzen gesetzt. Deshalb änderte sich an den seit der Schah-Zeit bestehenden Disparitäten in der medizinischen Versorgung von Stadt und Land wenig. Ein Drittel der 599 privaten und staatlichen medizinischen und der 1591 medizinisch-technischen Einrichtungen war im Großraum Teheran konzentriert. Nach Kriegsende wurden allerdings die Ausgaben für das Gesundheitswesen von Jahr zu Jahr erheblich gesteigert (z. B. 1991 um 25 % gegenüber 1990). Der Ausbau der Basisgesundheitsdienste mit neuen Berufen (wie den „Gesundheitsarbeitern zur Versorgung der ländlichen Regionen“) trug dazu bei, daß die Rate der Säuglingssterblichkeit in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich gesunken ist (vgl. Tab. 8).

Tabelle 9: Preisindex für die Lebenshaltung (1982/83 = 100)

	1986/87	1988/89	1990/91
Nahrungsmittel/Getränke	172	244	293
Bekleidung	147	322	539
Wohnung	163	257	323
Verkehr/Nachrichten	168	332	449
Bildung/Unterhaltung	298	609	562
-----	-----	-----	-----
gesamt	168	276	353

Quelle: Stat. Bundesamt 1992

6. Politische Entwicklung

Die sichtbarsten Folgen der *Islamischen Revolution* für die politische Entwicklung der 80er Jahre sind im kulturellen Bereich zu beobachten. Es ging dabei in erster Linie um die Abschaffung von Säkularismus und Modernismus westlicher Prägung. So wurde das Tragen des *Tschadors* (Schleier) wieder eingeführt, begleitet vom Badeverbot für Frauen, der Schließung von Kinos und einer Islamisierung von Funk und Fernsehen. Diese „kulturelle Revolution“ ist vor allem als „religiös“ und nicht als „national“ zu bewerten, da sie die alt-persischen Elemente in Musik und Folklore nicht verschont hat.

Ebenso gravierende Veränderungen haben sich im Bildungswesen vollzogen. Unliebsame Lehrer wurden entlassen und eine Überarbeitung der Schulbücher in Angriff genommen (vgl. *Samadzadeh Darinsoo* 1986). Im Mittelpunkt des Interesses stand zunächst die Schaffung eines neuen Geschichtsbildes: Wurde während der Schah-Zeit die Islamisierung Irans im 7. Jh. als

„Überfall der Araber“ bezeichnet und galt die Zeit der arabischen Herrschaft als „Schande“, so nahm man in den neuen Geschichtsbüchern eine gegenteilige Bewertung vor: Die Eroberung Irans wird „Befreiung“ genannt, da der Islam Iran gerettet habe.

Die Einführung eines von außen kaum zu durchschauenden Vergabe- und Quotierungssystems für die Universitäten führte dazu, daß nicht immer die Fähigsten ausgewählt wurden. Vielmehr wurden nach einem Quotensystem Kontingente für ehemalige Revolutionswächter, Kriegsteilnehmer und Familienangehörige von Kriegsopfern, Führungskader der Volksmiliz etc. freigehalten, unabhängig von der Befähigung der Kandidaten, so daß nicht einmal 5 % der Bewerber um einen Studienplatz studieren konnten. Die Islamisierung des Schul- und Universitätswesens hat nicht nur das Machtmonopol der Geistlichkeit und einer ihr verbündeten Schicht von Intellektuellen gefestigt, sondern auch die von *Reza Shah* seit 1925 eingeführte laizistische Bildungspolitik vollends revidiert.

Ebenso rigoros ging das Regime gegen die Opposition und politisch Andersdenkende vor (*Nirumand* 1985). Gestützt auf ihr Machtmonopol, auf die von ihnen beherrschten Massenmedien und die ständig wiederholte Behauptung, nur die religiösen Moslems hätten den Sturz des Schah-Regimes herbeigeführt, gingen die neuen Herrscher mit allen zur Verfügung stehenden repressiven Mitteln gegen jegliche Art von Opposition vor. Nach und nach erließ die Regierung gegen alle nicht-islamischen Organisationen und Parteien Verbotserlassungen. Aufgrund dieser Verbote setzte ein Exodus der Intelligenz ein, dessen Opfer selbst die engsten politischen Berater und Mitarbeiter *Khomeinis* aus dem Exil und der ersten Phase der Revolution waren, wie *Yazdi*, *Ghotbzadeh*, *Bani-Sadr* und *Bazargan*.

Hauptinstrumente der Repression sind – neben dem Justizapparat – die noch unter *Bazargan* gegründete neue Geheimpolizei SAWAMA und die Revolutionswächter. Nach Berichten der UN-Menschenrechtskommission vom Februar 1993 gehört Iran nach wie vor durch die exzessive Anwendung der Todesstrafe, meistens wegen Drogendelikten, zu den größten Mißachtern der Menschenrechte. Waren seit Sommer 1990 etwa 3000 Menschen durch Erschießen oder Erhängen bestraft worden – etwa 90 % der Todesurteile, die in dieser Zeit in der Welt vollstreckt wurden – hat *Amnesty International* allein für 1991 mehr als 750 Hinrichtungen nachgewiesen. Außerdem wurden Hunderte von Menschen aufgrund ihrer politischen Überzeugung verhaftet, unfaire Gerichtsverfahren durchgeführt und zahlreiche Menschen der Folter unterworfen.

Nicht minder rabiat reagierte das Regime seit Beginn der 80er Jahre auf Autonomieforderungen der ethnischen Minderheiten. Für die Kurden, denen der Kampf gegen das Schah-Regime mehr Opfer als anderen Gruppen abverlangt hatte, brachte die Revolution kein Stück mehr Autonomie. Die Minderheitenprobleme wurden zwar durch den Krieg mit dem Irak überdeckt, haben aber ihre latente Brisanz nicht verloren.

Angesichts der politischen Entwicklung überlagerten zunehmend Enttäu-

schung und Frustration die anfängliche Aufbruchstimmung und den revolutionären Eifer. Ein Gutteil dieser Entwicklung ist Konsequenz eines der „merkwürdigsten Stücke geschriebener Staatsgrundgesetze, das die Verfassungsgeschichte kennt“ (*Kapferer* 1980:17), nämlich die Verfassung der *Islamischen Republik*. Sie beruht auf dem islamisch-schiitischen Glauben und ist ein Gemisch aus Glaubensbekenntnis, Parteiprogramm und Verfassung im herkömmlichen Sinn. Das auf die Person *Khomeinis* zugeschnittene Prinzip der „Regentschaft des Rechtsgelehrten“ (*Wilayat-e faqih*) bestimmt, daß dieser mit allen Machtmitteln ausgestattete religiöse Führer nicht dem Volk, sondern allein Gott verantwortlich ist.

Die politische Rolle des Volkes wurde darauf beschränkt, ein Parlament zu wählen, das nicht Gesetze, sondern Vorschriften erläßt. Allerdings werden selbst diese Erlasse und Vorschriften von den „Sechs Gerechten Islamischen Rechtsgelehrten“, die vom islamischen Führungsrat gewählt werden, und von „Sechs Juristen verschiedener Rechtsgebiete“, die vom *Obersten Richterrat* aus der Reihe der moslemischen Juristen der Versammlung des Nationalrates vorgeschlagen und von ihm gewählt werden, d. h. vom sog. „Wächterrat“, auf ihre Vereinbarkeit mit den religiösen Vorschriften und mit der Verfassung geprüft.

Obwohl dem Parlament eine Reihe von wichtigen Funktionen (wie etwa das Kontrollrecht über Regierung und Staatshaushalt sowie die Amtsenthebung des Staatspräsidenten) zugestanden wurden, so blieb dennoch nicht aus, daß etliche Vorhaben nicht verwirklicht werden konnten, weil sie am Veto des Wächterrates scheiterten oder die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung und des Parlaments zu groß waren. Dazu gehörten vor allem solche Gesetzesvorhaben, die privates Eigentum und seine Nutzung beschränken wollten, Gesetze zur Verstaatlichung des Außenhandels, das Landreformgesetz, das Gesetz über Enteignung von Republikflüchtlingsen und ein sehr arbeitnehmerfreundliches Arbeitsgesetz (Nov. 1987). Da diese Interessenkonflikte das Land zu lähmen begannen, lag eine Änderung der Verfassung nahe.

Obgleich die Verfassung kein Verfahren vorsah, das ihre Änderung ermöglicht hätte, veranlaßte *Khomeini* am 24. April 1989 in einer Direktive die Bildung einer 20 Mitglieder umfassenden Kommission, die eine Reform der Verfassung prüfen und binnen zwei Monaten Verbesserungsvorschläge zu acht Bereichen der Verfassung machen sollte: u.a. zur Position der „Islamischen Führung“, zur Stärkung der Führung von Exekutive, Justiz, Rundfunk und Fernsehorganisation; zur Stellung des Schlichtungsrates; zum Verfahren von Verfassungsänderungen. Am 28. Juli 1989 wurden die Kommissionsvorschläge zusammen mit der Wahl des neuen Präsidenten dem Volk zur Abstimmung vorgelegt und mit 97,3 % angenommen. Bei näherer Betrachtung erweisen sich diese Verfassungsänderungen als pragmatische Reaktionen auf bisherige Erfahrungen (vgl. *Tellenbach* 1990).

Neben der Schwächung der Position der „Islamischen Führung“ – nicht zuletzt deshalb, weil aus dem Umkreis *Khomeinis* niemand sonst zur Verfü-

gung stand, der nach dessen Ableben diesem Amt auch nur annähernd hätte gerecht werden können – wurden die Kompetenzen des Schlichtungsrates eingeschränkt. Dieser kann wie bisher erst dann eingreifen, wenn sich Parlament und Wächterrat nicht über eine Gesetzesvorlage einigen können, doch die ihm früher zugestandene Gesetzgebungsbefugnis wurde ihm entzogen und ihm außerdem auferlegt, nicht die Befugnisse der anderen Organe zu beeinträchtigen.

Die wesentlichste Änderung ergab sich unter dem Schlagwort der Zentralisierung bei der Exekutive. Hier wurde die nach frz. Vorbild gestaltete „doppelköpfige Exekutive“ durch Staats- und Ministerpräsident aufgegeben. Mit der Streichung des Ministerpräsidentenamtes und zusätzlichen Bestimmungen wurde die Stellung des Staatspräsidenten erheblich gestärkt, der nun statt der vormaligen vermittelnden Position eindeutig zum Chef der Exekutive wurde.

Charakteristisch für das Parlament seit der Revolution ist und war die relativ geringe Rolle von organisierten politischen Parteien. Bereits im Zeitraum 1980–87 und erst recht nach Auflösung der seit 1981 einzig zugelassenen Partei, der *Islamischen Republikanischen Partei*, bestimmten verschiedene lose Gruppierungen das politische Leben.

Seit dem Tode *Khomeinis* (am 4. 6. 1989) scheint es den sog. „Pragmatikern“ um Präsident *Rafсанджани* gelungen zu sein, ihre Machtposition gegenüber den „Radikalen“ auszubauen. Vor den Parlamentswahlen vom 8. Mai 1992 wurde 1110 Kandidaten von 3150 Bewerber für die 270 Sitze durch Sonderausschüsse die Eignung abgesprochen. Unter den abgelehnten Kandidaten befanden sich vor allem Mitglieder der vom früheren Innenminister *Ali Akbar Mohtashemi* geführten „Versammlung der kämpfenden Ulema“, die für eine revolutionäre Außenpolitik und eine staatliche Kontrolle der Wirtschaft eintrat. Die Führer der „Radikalen“ wie *Mohtashemi* und Parlamentspräsident *Karubi* wurden aus dem Parlament verdrängt, in dem die Anhänger des Präsidenten drei Viertel der Sitze innehaben. Dem Parlament gehören außerdem neun Frauen an, aber nur noch 39 Geistliche (bisher 140). Gleichwohl hat das Parlament in seiner bisherigen Tätigkeit keine Indizien für einen möglichen echten neuen „Frühling der Freiheit“ geliefert.

Allenfalls im außenpolitischen Bereich ist eine gewisse Flexibilität auszumachen (*Precht* 1988; *Ramazani* 1989). Hierfür spricht zum einen das Verhalten der Regierung während des II. Golfkrieges, als innerhalb der Machtpolitik ein Streit darüber entbrannte, ob Iran sich neutral verhalten oder sich aktiv zugunsten Iraks am Kriegsgeschehen beteiligen solle. Während die „Radikalen“, insbesondere deren Wortführer *Mohtashemi*, mit islamischen Parolen für ein Engagement Irans eintraten, war die Argumentation der Befürworter einer Neutralität eher von macht- und realpolitischen Überlegungen geprägt. Zum anderen eröffneten die rapiden Veränderungen in der internationalen Szenerie durch den Zerfall des Sowjetimperiums dem Land die Tore zu zwei Regionen: dem Kaukasus und Zentralasien auf der einen, der Golfregion auf der anderen Seite. In den beiden erstgenannten Regionen al-

lerdings sieht sich Iran einer bisher überlegen erscheinenden Konkurrenz gegenüber – dem Einfluß der Türkei, die mit westlicher Hilfe und aufgrund sprachlich-kultureller Gemeinsamkeiten in der Region Fuß zu fassen begann.

Die Regierung unter *Rafsandjani* scheint von *Khomeinis* Prämisse der Außenpolitik des „weder Ost, noch West, Islamische Republik“ auf eine Politik des „Sowohl Süd als auch Nord“ umzuschwenken, wobei sich die Koordinaten aus iran. Perspektive auf den Kaukasus und Zentralasien im Norden und den Persischen Golf im Süden beziehen. Das Regime bemüht sich um eine Verbesserung der Beziehungen zum Westen auf jenen Gebieten, auf denen es ihm ratsam erscheint, wie in der Außenwirtschaftspolitik. Andererseits beharrt es auf jenen alten Positionen, die seine besondere Rolle in der islamischen Welt stärken und zugleich die Radikalen im eigenen Land beschwichtigen können – etwa durch die Weigerung, das von *Khomeini* ausgesprochene „Todesurteil“ gegen *Salman Rushdie* aufzuheben.

Insgesamt weisen *Rafsandjanis* außenpolitische Konzepte mehr geopolitische als ideologische Züge auf. Dies gilt besonders für die Beziehungen zu den mittelasiatischen Republiken: Trotz aller Beteuerungen hinsichtlich deren Bedeutung „für die Welt des Islam“ dürfte der Umstand bedeutsamer sein, daß Iran in seiner Geschichte mehrfach von Norden her angegriffen worden ist – zuletzt nach dem II. Weltkrieg, als die Rote Armee den NW Irans besetzte und die Gründung zweier Republiken in Kurdistan und Aserbaidshan erzwang, zweier Republiken allerdings, die im Sommer 1946 zusammenbrachen. Angesichts solcher historischen Traumata hat ein Puffer aus asiatischen Republiken gegen den befürchteten russischen Expansionismus höchste Priorität.

7. Entwicklungsperspektiven

Insgesamt sind die Ausgangsbedingungen für die weitere Entwicklung des Landes heute erheblich ungünstiger als zu Beginn der Revolution. Neben den Verwüstungen des Krieges und dem Rückgang der Einnahmen aus dem Erdöl-export sieht sich Iran nicht nur mit einer dauerhaften Wirtschaftskrise konfrontiert, sondern auch mit einer zumindest gleichbleibenden Importabhängigkeit und einer gegenüber 1978 von 34 auf 57 Mio. angestiegenen Bevölkerung.

Dabei wird angesichts der anhaltenden Abwanderung der Bauern in die Städte, des Rückganges der Produktion von Agrargütern und des infolge des hohen Bevölkerungswachstums steigenden Importbedarfs an Lebensmitteln die Frage einer Landreform zur Überlebensfrage. Eine Beschwichtigung der Bauern durch die Vertreter der führenden Geistlichkeit, die sich auf ihre angeblich bäuerliche Familienherkunft berufen oder Verständnis für die Bitterkeit der Bauern äußern, ist kein Ersatz für die aktive Mitwirkung der Bauern an der Entwicklung des Agrarsektors.

Es ist ebenso fraglich, ob *Rafsandjanis* Sanierungsprogramm, vor allem der

Abbau der staatlichen Subventionen, das Los der „Entrechteten“, einst fanatische Anhänger *Khomeinis*, vierzehn Jahre nach der Revolution ins Positive wenden kann. Alle Bemühungen der Regierung, für sie verbesserte Lebensbedingungen zu schaffen, werden aufgezehrt von dem ungeheuren Bevölkerungswachstum. Doch es sind wohl weniger die Schulabgänger und die Masse der „Entrechteten“, aus denen sich langfristig ein Potential an Unzufriedenen rekrutieren könnte, wie es sich bei den Präsidentschaftswahlen vom 11. Juni 1993 angedeutet hat.

Das Ergebnis war in mehrerer Hinsicht bemerkenswert und darf als Barometer der politischen Stimmungslage gelten. Überraschend war erstens der Stimmenanteil *Rafсандjanis*: Denn hatte er 1989 noch 94,5 % der Stimmen errungen, so waren es diesmal nur 63 %. Zweitens ist die mit 57,6 % erheblich gesunkene Wahlbeteiligung und drittens das überraschend gute Abschneiden der drei Gegenkandidaten zu erwähnen.

Der Wahlausgang zeigt zwar, daß immer noch eine Mehrheit der Iraner *Rafсандjanis* Absichten, das Land aus seiner Isolierung zu führen und die Wirtschaft zu liberalisieren, für den besten Weg in Richtung auf einen höheren Lebensstandard und etwas mehr Freiheit hält. Doch das Votum ist gleichzeitig Ausdruck der Enttäuschung darüber, daß der Präsident bisher noch keine Wende herbeiführen konnte. Denn viele Reformpläne haben sich am Widerstand der konservativen Geistlichkeit, die ein erneutes Eindringen westlicher Kultureinflüsse befürchtet, festgefahren.

Literatur

- Allafi, M. H. 1990: Wirtschaftliche Paradigmenwechsel der Islamischen Republik Iran? Zur Reaktivierung des Industrialisierungsprozesses, in: *Orient*, 31 (4), 603–615.
- Bakhash, Shaul 1989: The Politics of Land, Law, and Social Justice in Iran, in: *Middle East Journal*, Bd. 43 (2), 186–201.
- Behrawan, Abdol H. 1980: Iran – Die programmierte Katastrophe, Frankfurt/M.
- Clawson, P. 1988: Islamic Iran's Economic Politics and Prospects, in: *Middle East Journal*, Bd. 42 (3), 371–388.
- Ehteshami, A. 1991: After Khomeini: the Structure of Power in the Iranian Second Republic, in: *Political Studies*, Bd. 39 (1), 148–157.
- Encke, U. 1989: Ayatollah Khomeini. Leben, Revolution und Erbe, München.
- Ferdowsi, Mir A. 1988: Die Ursprünge und Verlauf des iranisch-irakischen Krieges (Forschungsinstitut für Friedenspolitik), Starnberg.
- Graham, R. 1979: Iran – Die Illusion der Macht, Frankfurt/M.
- Halliday, F. 1979: Iran. Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg, Frankfurt/M.
- Kapferer, R. 1980: Islamische Renaissance, islamische Revolution, islamische Theokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B51–52, 3–23.
- Kooroshy, J. 1987: Agrarverfassung der Islamischen Republik Iran, in: *Orient*, 28 (2), 229–243.
- 1990: Wirtschaftsordnung der Islamischen Republik Iran: Anspruch und Wirklichkeit, Hamburg.

- Lerch, W. G. 1988: *Der Golfkrieg: Ereignisse, Gestalten, Hintergründe*, München.
- Massarat, M. 1979: *Iran – von der ökonomischen Krise zur sozialen Revolution*, Offenbach.
- Menashri, D. 1992: *The Domestic Power Struggle and the Forth Iranian Majlis Elections*, in: *Orient*, 33 (1), 387–408.
- Meyer, L. 1987: *Die Islamische Republik Iran – ein Beispiel für autozentrierte Entwicklung und Dissoziation?*, in: *Orient*, 26 (3), 389–406.
- Mottahedeh, R. 1987: *Der Mantel des Propheten*, München.
- Nirumand, B. 1987: *Iran – hinter den Gittern verdorren die Blumen*, Reinbek.
- /Daddjou, K. 1987: *Mit Gott für die Macht. Eine politische Biographie des Ayatollah Chomeini*, Reinbek.
- Omid, H. 1992: *Theocracy or Democracy? The Critics of Westernization and the Politics of Fundamentalism in Iran*, in: *Third World Quarterly*, Bd. 13 (4), 675–690.
- Pahlawi, M. Reza 1967: *Die soziale Revolution Irans*, Düsseldorf.
- Planck, U. 1980: *Die Rolle der Landwirtschaft in der neuen iranischen Wirtschaftspolitik*, in: *Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Iran in der Krise*, Bonn, 161–181.
- Precht, H. 1988: *Ayatollah Realpolitik*, in: *Foreign Policy*, Nr. 70, 109–128.
- Ramazani, R. K. 1989: *Iran's Foreign Policy: Contending Orientations*, in: *Middle East Journal*, Bd. 43 (2), 202–217.
- Rieck, A. 1989: *Das Parlament in der Islamischen Republik Iran*, in: *Orient*, 30 (4), 537–556.
- Ritter, W. 1979: *Der Iran unter der Diktatur des Schah-Regimes*, Frankfurt/M.
- Samadzadeh Darinsoo, F. 1986: *Die Islamisierung des Schulsystems der Islamischen Republik Iran*, I. Teil: Verlauf und organisatorische Maßnahmen; II. Teil: Inhalte und Leitvorstellungen, in: *Orient*, 27 (3 und 4), 450–462 und 629–641.
- Schweitzer, G. 1991: *Iran: Drehscheibe zwischen Ost und West*, Stuttgart.
- Shoae, R. S. 1987: *The Mujahid Women of Iran: Reconciling „Culture“ and „Gender“*, in: *Middle East Journal*, Bd. 41 (4), 519–537.
- Steinbach, U. 1979: *Iran*, in: *ders./R. Hofmeier/M. Schönborn (Hrsg.), Politisches Lexikon Nahost*, München, 88–105.
- Tellenbach, S. 1987: *Untersuchungen zur Verfassung der Islamischen Republik Iran vom 15. November 1979*, Berlin.
- 1990: *Zur Änderung der Verfassung der Islamischen Republik Iran vom 28. Juli 1989*, in: *Orient*, 31 (1), 45–66.
- Wright, R. 1989: *In the Name of God: the Khomeini Decade*, New York.

Das folgende Glossar beschränkt sich auf Begriffe und Organisationen, die für Nordafrika und den Nahen Osten relevant sind. Entwicklungstheoretische Begriffe und globale Organisationen (vor allem der Vereinten Nationen) werden im Glossar von Band 1/HDW erklärt. Das Sternchen * bedeutet, daß der erwähnte Begriff in alphabetischer Reihenfolge im Glossar zu finden ist. An der Anlage des Glossars haben *Hanspeter Mattes* und *Birgit Thomann* mitgewirkt.

ABEDA = Arab Bank for Economic Development in Africa

1974 gegründet, Sitz in Karthoum/Sudan; Mitglieder sind alle arabischen Staaten, größter Kapitalgeber ist Saudi-Arabien. Ziel war eine engere Zusammenarbeit zwischen der *Arabischen Liga** und den in der OAU* zusammengeschlossenen afrikanischen Staaten. Vor dem Einbruch der Erdöleinnahmen Mitte der 80er Jahre hat die ABEDA, häufig in Zusammenarbeit mit der Weltbank, erhebliche Mittel (bis Ende 1983 fast 800 Mio. US-\$) nach Afrika geleitet.

ADF = Arabian Development Fund

Von den Mitgliedern des GCC* nach dem 2. Golfkrieg (1991) gegründeter und mit etwa 15 Mrd. US-\$ ausgestatteter Fonds zur Förderung des privatwirtschaftlichen Sektors in den ärmeren arabischen Ländern.

AFESD = Arab Fund for Economic and Social Development

1971 von der *Arabischen Liga** gegründet; Mitglieder sind alle arabischen Staaten; Sitz in Kuwait. Der Fonds wurde nur mit geringen Mitteln ausgestattet, stellte aufgrund von Mißmanagement bis 1977 seine Tätigkeit weitgehend ein und blieb auch in den 80er Jahren keine wirksame Organisation zur Förderung eines „ausgewogenen und gleichgewichtigen Wirtschaftswachstums“ im gesamten arabischen Raum (lt. Zielsetzung des Gründungsvertrages).

AMF = Arab Monetary Fund

1977 von allen Mitgliedern der *Arabischen Liga** (mit Ausnahme von Djibouti) gegründete Finanzorganisation zur Stabilisierung von Zahlungsbilanzen und Wechselkursen, zur Förderung der arabischen Finanzmärkte und Herstellung der gegenseitigen Konvertibilität. Die AMF-Facilitäten reichten aber nicht aus, die Zahlungsbilanzprobleme der ärmeren, bevölkerungsreichen und hoch verschuldeten arabischen Länder zu lösen, so daß auch für sie der IMF der Rettungsanker blieb.

AMU = Arabische Maghreb-Union

Die AMU ist – nach dem Vorbild des GCC* oder des allerdings nur kurzlebigen *Arabischen Kooperationsrates* – ein am 17. 2. 1989 in Marrakesch/Marokko gegründeter regionaler Staatenbund, dessen Mitglieder Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Tunesien

sind. Ziele sind primär die Intensivierung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kooperation bis hin zum Aufbau integrativer Strukturen innerhalb des Vertragsgebietes, aber auch die außen- und sicherheitspolitische Abstimmung. Die bisher eingeleiteten Maßnahmen leiden unter den Sonderinteressen der AMU-Mitglieder und ihren spezifischen innen- und außenpolitischen Problemen (vgl. die Regionalanalyse von *Werner Ruf* in diesem Band).

AOHR = Arab Organization for Human Rights

Die AOHR mit Sitz in Kairo/Genf geht auf zwei Konferenzen engagierter arabischer Wissenschaftler und Journalisten in Tunesien und Zypern 1983 zurück und wurde am 1. 12. 1983 in Limassol gegründet. Ihr Ziel ist die Verbesserung des Menschenrechtsschutzes in den arabischen Staaten. Seit Mitte der 80er Jahre entstanden in verschiedenen arabischen Staaten oder Staaten mit starken arabischen Gemeinschaften Sektionen zur Umsetzung der Ziele der AOHR. Sie publiziert einen Jahresbericht und einen *Newsletter* zur Lage der Menschenrechte in den arabischen Staaten.

Arabische Liga bzw. Liga der arabischen Staaten

1945 gegründet; nach der Suspension der Mitgliedschaft von Ägypten (1979) im Gefolge des *Camp-David-Abkommens** Verlegung des Organisationssitzes von Kairo nach Tunis; nach der Wiederaufnahme Ägyptens wieder 21 Mitgliedsstaaten und PLO*. Oberstes Beschlussorgan ist der zweimal jährlich tagende Ligarat; ihm unterstehen inzwischen 16 Ausschüsse für verschiedene Kooperationsbereiche. Außerdem sind der Liga 16 Nebenorganisationen (wie die *Arabische Postunion* u. a.) angegliedert. Die Liga-Charta von 1945 erklärte die Herstellung der „arabischen Einheit“ zum wichtigsten Organisationsziel. Diese Charta wurde 1950 durch den „Vertrag über gemeinsame Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit“ ergänzt, der zur Bildung weiterer Organe führte: Gemeinsamer Verteidigungsrat (1950), Arabischer Wirtschaftsrat (1953) und das „Vereinigte Arabische Militärkommando“ (1964) zur Koordinierung des Kampfes gegen Israel. Die Liga hat zwar lange einen weitgehenden Konsens über die Politik gegenüber Israel gefunden, schuf zahlreiche Kooperationsinstrumente, konnte auch einige innerarabische Konflikte schlichten, war aber nicht in der Lage, die tiefen Gegensätze zwischen konservativen und „progressiven“ Staatengruppen zu überwinden; dennoch blieb sie das wichtigste gesamtarabische Forum.

ARAMCO = Arabian-American Oil Company

1933 von den großen US-Ölgesellschaften gebildetes Erdöl-Konsortium in Saudi-Arabien, das weltgrößter Erdölproduzent wurde und bis 1976 schrittweise von Saudi-Arabien übernommen wurde.

Ayatollah

Wörtlich: „Zeichen Gottes“, höchster Geistlicher der Schiiten.

BIP = Bruttoinlandsprodukt

Summe aller (von In- und Ausländern) innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft produzierten Güter bzw. erbrachten Dienstleistungen.

Blockfreiheit

Als blockfrei galten Länder, die nicht den ost-westlichen Bündnissystemen angehörten und sich zu einer Politik des Neutralismus bekannten. Letztlich galten alle Staaten jenseits teilweise sehr enger Außenverbindungen als blockfrei, die von der locker organisierten Bewegung der Blockfreien als Mitglieder aufgenommen wurden. Nach der Überwindung des Ost-West-Konflikts muß die Idee der Blockfreiheit neu definiert werden.

Brain Drain

Abwanderung von Fachkräften aus EL in die IL. Die Ersteren übernehmen die Ausbildungskosten und die Letzteren haben den Nutzen. Die *Brain-Drain*-Verluste der EL werden auf rund 5 Mrd. US-\$ p.a. geschätzt.

Brundtland-Bericht

1987 vorgelegter Bericht der *World Commission on Environment and Development* unter Leitung der norwegischen Ministerpräsidentin *Gro Harlem Brundtland*. Der Bericht „Our Common Future“ betonte die wechselseitige Abhängigkeit von Umwelt und Entwicklung und plädierte für eine sozial- und umweltverträgliche Wirtschaftspolitik in den IL und EL mit dem Ziel einer „dauerhaften Entwicklung“; er führte den Begriff *sustainable development** in die entwicklungspolitische Diskussion ein.

CAEU = Council of Arab Economic Unity

1964 gegründet, z. Z. 14 Mitglieder (inkl. PLO), mit dem Ziel eines „Gemeinsamen Arabischen Marktes“. Bis 1971 sollten im innerarabischen Handel Zölle und Steuern abgebaut, sodann sollte die volle Zollunion angestrebt werden. Die Konflikte zwischen Staatengruppen und einzelnen Mitgliedern wirkten dieser Zielsetzung entgegen. 1977 wurde der AMF* gegründet. Der CAEU gründete eine Reihe weiterer Gemeinschaftsorganisationen (wie Investitionsgesellschaften), die in Teilbereichen durchaus erfolgreich arbeiteten.

Camp-David-Abkommen

Am 19. 9. 1978 unter Vermittlung des US-Präsidenten *Carter* von Ägypten (*Sadat*) und Israel (*Begin*) unterzeichnetes Rahmenabkommen für eine Friedenslösung im Nahen Osten, das – nach schwierigen Verhandlungen und einigen Unterbrechungen – zur Unterzeichnung des Ägyptisch-Israelischen Friedensvertrages vom 26. 3. 1979 führte.

CENTO = Central Treaty Organization

Das 1955 in der Nachfolge des *Bagdad-Pakts* gebildete Militärbündnis zwischen GB, Türkei, Iran und Pakistan bildete das von den USA arrangierte Verbindungsglied zwischen NATO und SEATO. Nach dem Ausscheiden von Iran und Pakistan erfolgte 1979 die Auflösung.

DAC = Development Assistance Committee (der OECD)

Dem DAC gehören 18 westliche IL und die EG-Kommission an. Aufgaben: Erhebung von ODA-Daten; Erarbeitung von gemeinsamen Grundsätzen und Zielen; Überprüfung der ODA-Leistungen der Mitgliedsländer anhand gemeinsamer Leitlinien („DAC-Examen“).

Damaskus-Erklärung

Am 16. 3. 1991 von den Außenministern des GCC* sowie Ägyptens und Syriens verabschiedetes Dokument, das den Versuch zur Bildung eines neuen innerarabischen Bündnisses darstellt. Die „6 + 2“-Gruppe verkörpert eine Koalition der reichsten mit den politisch und militärisch stärksten arabischen Staaten.

Desertifikation

Vordringen von Trocken- oder Wüstengebieten („Verwüstung“) als Folge der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts. Die Desertifikation ist das größte ökologische Problem im Sahelraum und die Ursache für eine wachsende Zahl von „Umweltflüchtlingen“.

Desert Storm

Codewort für die Militäraktion der internationalen Koalition gegen den Irak im 2. Golfkrieg unter Führung der USA.

Diversifizierung

Auffächerung der Produktions- und Exportstruktur in vertikaler Richtung (Verbreiterung des Produktionsprogramms auf vor- und nachgelagerte Produkte) und in horizontaler Richtung (Verbreiterung der Produktion auf verschiedene Produkte).

Downstream Industries/Investment

Investitionen in nachgelagerte Industrien (z. B. in Petrochemie).

Dualismus

Das populäre, aber kritikwürdige Konzept des D. beschreibt EL (über alle Differenzierungen hinweg) als Zwei-Sektoren-Gesellschaften: Dem modernen, dynamischen (kapitalistischen), in den Weltmarkt integrierten Sektor wird ein traditioneller, stagnierender und rückständiger Sektor gegenübergestellt, obwohl beide Sektoren (z. B. durch Arbeitskraft und Güteraustausch) funktional miteinander verknüpft sind.

ECO = Economic Cooperation Organization

Wirtschaftszusammenschluß von Iran, Pakistan und der Türkei, der auch auf die islamischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion und auf Afghanistan ausgeweitet werden soll.

Ethnozentrismus

Beurteilung wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Verhältnisse, Vorgänge und Normen in anderen Kulturbereichen mittels Maßstäben und Werten des eigenen Kulturbereichs.

Exportquote

Dieses Verhältnis des Wertes der Exporte zum BIP* zeigt die Exportabhängigkeit einer Volkswirtschaft an.

Fedajin

Wörtlich: Jemand, der bereit ist, sein Leben zu opfern. Ursprünglich Angehörige des niedrigsten Grades in der Hierarchie der schiitischen Sekte der Assassinen, später Bezeichnung für Guerillakämpfer.

Food for Work

Arbeitsleistungen in Entwicklungsprojekten, die mit Nahrungsmitteln und anderen Gütern und Leistungen des Grundbedarfs entlohnt werden.

GAP = Südost-Anatolien-Projekt

Gigantisches Staudamm-Projekt mit 21 Staudämmen an den Oberläufen von Euphrat und Tigris als Grundlage für neue exportorientierte Agroindustrien. Die Verringerung der Wassermenge an den Unterläufen der beiden Flüsse droht Konflikte zwischen der Türkei, dem Irak und Syrien heraufzubeschwören.

GCC = Gulf Cooperation Council

Im Mai 1981 von den (mehrheitlich sunnitischen) Golfstaaten (Saudi-Arabien, Katar, Bahrain, Oman und VAE) unter Ausschluß des Irak gegründet. Vorrangiges Gründungsmotiv war zunächst die Eindämmung der schiitischen „islamischen Revolution“ des Iran. Der GCC bekam aber nach dem 1. Golfkrieg zunehmend eine anti-irakische Stoßrichtung, nachdem *Saddam Husain* die Ölpolitik der Golfstaaten attackiert und mit seinem regionalen Führungsanspruch konfrontiert hatte. In der *Damaskus-Erklärung** vom März 1991 schmiedete der GCC zusammen mit Ägypten und Syrien in der sog. „6 + 2-Gruppe“ eine Koalition der reichsten mit den militärisch stärksten arabischen Staaten. Das Sicherheitssystem des GCC erhält seine Wirksamkeit durch die massive Präsenz der USA.

Golfkrieg

Die Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen am 2. 8. 1990 und die Annexion durch den Irak löste nach Scheitern letzter diplomatischer Initiativen zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit Kuwaits am 17. 1. 1991 den 2. Golfkrieg aus, in dessen Verlauf den wochenlangen Luftangriffen auf militärische Ziele und Infrastruktur am 24. 2. 1991 eine Bodenoffensive folgte. Nach Befreiung Kuwaits wurde am 2. 3. 1991 ein vorläufiger Waffenstillstand geschlossen, dessen Überwachung seither im Zentrum des Konflikts zwischen dem Irak und der UN steht.

„Gruppe der 77“

Lockerer organisatorischer Zusammenschluß von inzwischen 128 EL (1991), der als *pressure group* der Dritten Welt gemeinsame Verhandlungspositionen gegenüber den IL auf internationalen Konferenzen durchzusetzen und die UNCTAD als Verhandlungsinstrument zu nutzen versucht.

Hamas

Wörtlich: „Islamische Widerstandsbewegung“ (*Harakat al-Mugawama al-Islamiya*), 1989 gegründete, militante und fundamentalistische Palästinenserorganisation, die nicht der PLO* angegliedert ist.

HDI = Human Development Index

Von UNDP im *Human Development Report 1990* vorgestellter Index, der aus den drei Elementen Lebenserwartung bei Geburt, Alphabetisierungsgrad und realer Kaufkraft pro Kopf zusammengesetzt ist und besser als frühere *Quality of Life*-Indices den Grad sozialer Entwicklung zu messen beansprucht.

Hisbollah

Wörtlich: „Partei Gottes“, pro-iranische Schiiten-Miliz im Libanon.

Humankapital

Wissen und Fähigkeiten der Menschen, das im Produktionsprozeß eingesetzte Sachkapital zu nutzen und weiterzuentwickeln. In der Regel Umschreibung für technisch-wissenschaftliche Kompetenz und Intelligenz.

IDA = International Development Association

Tochtergesellschaft der Weltbank; 1960 als spezielle Organisation für Darlehen an die ärmsten Länder zu besonders günstigen Bedingungen (zinsfrei, Bearbeitungsgebühr von 0,75%, Laufzeit von 50 Jahren) gegründet.

Imam

Religiöser Führer, der – durch Umdeutung der Nachfolgerschaft des Propheten im Sunnismus – allmähliche geistliche und weltliche Herrschaftsfunktionen in einem theokratischen Absolutismus verband. Im Schiismus entwickelte sich eine andere und politisch höchst bedeutsame Rollendefinition: In der *Schi'a**, für die das Fortleben des letzten Imams in der Verborgenheit einen dogmatisch-mystischen Kernpunkt bildet, sind einzig die Imane als Nachfolger *Alis* dazu erkoren, das Wort Gottes verbindlich auszulegen und Regeln für das soziale und politische Zusammenleben aufzustellen. Die Rolle *Khomeinis* ist nur mit Hilfe dieser schiitischen Mystik zu begreifen. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist der Imam der Vorbeter bei den fünf vorgeschriebenen Gebeten.

Infitah

Unter Präsident *Sadat* eingeleitete Abkehr vom *Nasserismus** und Öffnung Ägyptens zum Weltmarkt mit Liberalisierung des Außenhandels und marktwirtschaftlichen Strukturreformen.

Informeller Sektor

Der „Schattenwirtschaft“ oder „Überlebensökonomie“ des I.S. werden zugeordnet: arbeitsintensive Produktion, einfache Technologie, geringe Qualifikation, schlechte Bezahlung, keine soziale Sicherheit, geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad, aber unternehmerische Initiative und Kreativität.

Intifada

Seit 1987 der Aufstand der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten (Westjordanland und Gaza) gegen die israelische Besatzungspolitik.

Iranisch-Irakischer Krieg

Der Krieg zwischen Iran und Irak, auch 1. Golfkrieg genannt, begann am 23. 9. 1980 mit einer Großoffensive Iraks und endete vorläufig mit der Annahme der Resolution 598 des UN-Sicherheitsrates vom 20. 7. 1987 durch den Iran und die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen am 20. 8. 1988. Er war letztlich Ausdruck eines seit 1823 „verschleppten“ Grenzkonflikts am Schatt-al-Arab. Einer der längsten konventionellen Kriege des 20. Jhs und einer der grausamsten (500 000 Tote, ca. 1 Mio. Verwundete).

Islamischer Fundamentalismus

Im Unterschied zur sog. Re-Islamisierung, die das Phänomen der Revitalisierung islamischer Konzeptionen (= Islamischer Fundamentalismus) und damit ein Zurückdrängen übernommener westlicher Normen umschreibt, bezieht sich der seit Mitte der 80er Jahre stärker in den Vordergrund rückende Begriff des politischen Islam/Islamismus auf den von Islamisten überwiegend militant vertretenen Anspruch, daß einzig durch die Wiedereinführung der *Scharia** die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme gelöst werden können. Hauptvertreter dieser Islamkonzeption sind z. B. in Algerien die Anhänger der *Islamischen Heilsfront*(FIS), in Ägypten der *Jama'at Islamiya*, im Sudan die *National Islamic Front*.

Jihad

Vermutlich der am häufigsten mißverstandene Begriff des Islam, wörtlich: „Anstrengung“, die sich sowohl auf die eigene religiöse Vervollkommenung als auch auf die Missionierung „Ungläubiger“ (d. h. Religionsgemeinschaften außerhalb von Christentum, Islam und Judentum) beziehen kann. Der „heilige Krieg“ kann, muß aber nicht kriegerische Aktionen einschließen.

Konditionalität

K. bedeutet die bedingte und mit Auflagen verbundene Gewährung von Finanzleistungen. Der IWF verlangt wirtschaftliche Strukturanpassungen, bevor er Beistandskredite gewährt. Neben dieser ökonomischen K. wenden die Geber eine „politische K.“ an, die Leistungen vom außenpolitischen Wohlverhalten, neuerdings von der Einhaltung der Menschenrechte und von der Verringerung der Rüstungsausgaben abhängig machen.

Kurden

Ca. 20 Mio. Menschen umfassendes Volk, dessen Siedlungsgebiet sich auf die heutigen Staaten Türkei, Irak, Iran, Syrien und auf Teile der ehemaligen Sowjetunion erstreckt. Die größte Gruppe der Kurden lebt in der Türkei. Weil die kurdischen Minderheiten in allen Staaten

um ihr Recht auf Selbstbestimmung kämpfen, teilweise auch militärisch (wie im Irak und in der Türkei), sind sie Opfer von Repression, Zwangsumsiedlungen, Vertreibungen und Vernichtungsaktionen. Nach dem 2. Golfkrieg richtete der UN-Sicherheitsrat im Norden Iraks Schutzzonen ein, nachdem die irakische Armee einen Aufstand der Kurden brutal niedergeschlagen und einen Massenexodus ausgelöst hatte.

LLDC = Least Developed Countries

Gruppe von EL, die nach einem Beschluß der UN-Vollversammlung von 1971 als „am wenigsten entwickelte EL“ gelten. Die Zuordnung zu den LLDC erfolgte bis 1991 aufgrund von drei Indikatoren: BIP pro Kopf (seit 1985 unter 355 US-\$); Anteil der industriellen Produktion am BIP (10%); Alphabetisierungsquote (20 % der Altersgruppe über 15 Jahre). 1991 legte der ECOSOC verfeinerte Meßkriterien vor, wodurch die Zahl der LLDC von 42 auf 47 anwuchs.

Machrek bzw. Masriq

Der arabische Osten, der von Ägypten bis zum Irak reicht.

Madrider Friedenskonferenz

Mit den Madrider Gesprächen im Okt. 1991 sollte der Friedensprozeß im Nahen Osten neu angestoßen werden. Teilnehmer der Eröffnungskonferenz waren: Israel, Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien, eine palästinensische Delegation aus den besetzten Gebieten sowie USA, UdSSR und EG. Die Vereinten Nationen, der GCC* und die AMU* waren als Beobachter vertreten. Nach der Eröffnungsrunde in Madrid wurden die Friedensgespräche in bilateralen Verhandlungen sowie in multilateralen Expertentreffen zu den Themen Abrüstung, wirtschaftliche Entwicklung, Flüchtlingsfragen, Wasserprobleme und Umweltfragen fortgesetzt.

Maghreb

Zeit und Ort des Sonnenuntergangs, im geographischen Sinne der westliche Teil der „arabischen Welt“ von Libyen bis zum Atlantik (vgl. die Regionalanalyse von *Werner Ruff*).

Mixed Economy

Gemischtwirtschaftliche Orientierung der Volkswirtschaft, d. h. ein Nebeneinander von Privat-, Staats- und Genossenschaftssektoren bei unterschiedlichen Mischungsverhältnissen, ergänzt durch eine Mischung von öffentlichen und privaten Kapitalanteilen in den Unternehmen.

Monokultur/Monostruktur

Unter M. wird die Ausrichtung der Landwirtschaft/Volkswirtschaft auf im wesentlichen ein (Rohstoff-)Erzeugnis verstanden, welches den Export bestimmt. Viele EL sind von M. gekennzeichnet, teilweise weil sie von den Kolonialmächten in die koloniale Arbeitsteilung hineingezwungen wurden. Entgegen dem Theorem der komparativen Kostenvorteile erweisen sich M. für die meisten EL als Entwicklungsfalle.

Mudschahedin

Islamische fundamentalistische Kämpfer, z. B. im afghanischen Bürgerkrieg.

Nahost-Konflikt

Dieser Konflikt bezeichnet die politischen und kriegerischen Auseinandersetzungen zweier Völker um ihr Recht auf das Land Palästina. Die Israelis gründen ihren Anspruch auf einen jüdischen Staat in Palästina auf die Geschichte, auf die Jahrhunderte währenden Verfolgungen der Juden in aller Welt und auf völkerrechtliche Vereinbarungen. Die Araber betrach-

ten Palästina als arabisches Land, das – unter Fremdherrschaft stehend – ohne ihre Einwilligung in internationalen Vereinbarungen zur Errichtung einer „nationalen Heimstätte“ für Juden vergeben worden sei. Bisherige Kriege: 1948–1949; 1956 (Sinai-Krieg); 1967 (Sechstage-Krieg); 1973 (Jom-Kippur-Krieg oder Oktober-Krieg). Der Golfkrieg* kann infolge der irakischen Raketenangriffe auf Israel als weiterer arabisch-israelischer Krieg bezeichnet werden, in dem Israel auf Druck der USA jedoch passiv blieb.

Nasserismus

Nach *Peter Pawelka* eine „Ideologie, die sich einer sozioökonomischen Transformation von oben, einer panarabischen Verantwortung und einer wohlfahrtspolitischen Abfederung des Entwicklungsprozesses verpflichtet fühlte“.

Nation-building (Nationbildung)

Diese Formel bezeichnet das politische Struktur- und Organisationsproblem der aus künstlich arrondierten Kolonialterritorien hervorgegangenen „jungen Staaten“, desintegrierte Konglomerate von Ethnien und Sprachgruppen durch die Schaffung eines Zusammengehörigkeitsgefühls, gemeinsamer Spielregeln und Ziele, Symbole und Kommunikationsmittel (Nationalsprache) zu Nationalstaaten zusammenzufügen.

Netto-Kapitaltransfer

Differenz zwischen dem Zu- und Abfluß von Devisen im Laufe eines Jahres. Seit 1983 wuchs der N. aus dem Süden in den Norden, weil einerseits der Schuldendienst anstieg, andererseits der Zufluß von Direktinvestitionen, Bank- und Exportkrediten abnahm.

NIC = Newly Industrializing Countries

Die NIC werden auch als *take-off countries*, im deutschen Sprachgebrauch als Schwellenländer bezeichnet. Aufgrund unterschiedlicher Definitionen erscheinen auf den NIC-Listen der internationalen Organisationen verschiedene Länder, aber immer die vier „kleinen Tiger“ in Ost- und Südostasien sowie Brasilien. Inzwischen werden die NIC auch als „Exporteure von Industrieprodukten“ definiert.

Nomadismus

Durch künstliche Grenzziehungen erschwerte und durch systematische Versuche der nachkolonialen Regierungen, Nomaden sesshaft zu machen und unter politische Kontrolle zu bringen, auf Restbestände geschrumpfte Wirtschafts- und Lebensform im ariden und semi-ariden Sahelraum.

OAU = Organization of African Unity

1963 gegründete gesamtafrikanische Organisation, der – mit Ausnahme der RSA und Marokkos (nach der Anerkennung der Westsahara durch die OAU-Mehrheit) – alle Staaten des Kontinents angehören. Sie war von Anfang an durch Gegensätze zwischen Nord- und Schwarzafrika, ideologische Differenzen zwischen „progressiven“ und „konservativen“ Staatengruppen und sich häufende inner- und zwischenstaatliche Konflikte geschwächt; sie fand nur in der gemeinsamen Gegnerschaft „zum weißen Süden“ den kleinsten gemeinsamen Nenner. Für Nordafrika hat die von den Staaten Subsahara-Afrikas dominierte Organisation eine geringe Bedeutung.

OAPEC = Organization of Arab Petroleum Exporting Countries

Der 1968 von Saudi-Arabien, Kuwait und Libyen gegründeten Organisation gehören heute zehn Länder an, von denen sieben (Saudi-Arabien, Irak, Kuwait, VAE, Katar, Libyen, Algerien) zugleich Mitglieder der OPEC sind. Mit 45 Mrd. t verfügen die OAPEC-Länder über etwa 60 % der bekannten Welterdölreserven. Seit 1973 bemühte sich die OAPEC um eine

koordinierende Ölpolitik innerhalb der OPEC, wurde aber durch den Gegensatz zwischen den konservativen und „radikalen“ Mitgliedsländern paralytisiert.

OPEC = Organization of Petroleum Exporting Countries

1960 von Iran, Irak, Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela in Bagdad gegründet, entwickelte sich die OPEC zum Modell eines erfolgreichen Rohstoffkartells. Im Laufe der Jahre traten bei: Katar 1961, Indonesien und Libyen 1962, Abu Dhabi 1967 (ab 1974: VAE), Ecuador 1973, Gabun 1975. Mit Beginn der 80er Jahre nahmen die Einigungsfähigkeit der OPEC-Mitglieder auf eine gemeinsame Erdölpolitik und folglich die preisgestaltende Durchsetzungsfähigkeit des durch neue Anbieter (z. B. GB und Norwegen) geschwächten Kartells rapide ab.

OIC = Organization of the Islamic Conference

1971 in Jiddah gegründete Sammlungsbewegung der islamischen Länder (z. Zt. 40 Mitglieder), die sich die Förderung der Solidarität unter den mehrheitlich islamischen Staaten, die Organisierung und Artikulation ihrer Interessen in den internationalen Organisationen, den Kampf gegen Kulturimperialismus und politische Einmischung von außen, allgemein die Förderung der islamischen Kultur und konkret die Unterstützung der PLO zum Ziel gesetzt haben. Konkrete Resultate waren – neben einer Reihe unverbindlicher Resolutionen, deren wichtigste der Protest gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan war – die Einrichtung der *International Islamic News Agency* (1972), der *Islamic Development Bank* (1974) und des *Islamic Solidarity Fund* (1977), größtenteils gespeist mit Subsidien aus Saudi-Arabien, das sich als Führungsmacht herausbildete.

Panarabismus

Vorstellung einer gesamtarabischen Nation, über deren konstituierende Elemente jedoch Uneinigkeit herrscht. *Sati al-Husri* sah die nationbildenden Kräfte in einer gemeinsamen Hochsprache, der islamischen Religion und den großen geschichtlichen sowie kulturellen Leistungen der Araber. In den 50er und 60er Jahren vertrat *Nasser* einen progressiven Panarabismus mit dem Ziel der Vereinigung aller Araber unter dem Vorzeichen eines arabischen Sozialismus. Aber auch *Saddam Husain* bediente sich u. a. dieser Argumentation, um seinen Kriegszug gegen den Iran zu legitimieren.

Panislamismus

Vorstellung, daß das gemeinsame Ziel aller Muslime darin besteht, die islamische Gemeinde („umma“) als Urbild des wahren Staates über bestehende nationalstaatliche Grenzen hinweg zu errichten. Weder Rasse noch Sprache, sondern allein das Bekenntnis zum Islam ist dabei das entscheidende Identifikationskriterium. Der Nationalstaat erscheint lediglich als eine Verschwörung des Westens gegen den Islam. Am radikalsten wurde diese Vorstellung wohl von Ayatollah *Khomeini* vertreten.

PLO = Palestine Liberation Organization

1964 auf Betreiben *Nassers* gegründete Dachorganisation für alle paläst. Guerillagruppen, die seit 1969 unter Führung *Yassir Arafats* steht. Die PLO, von den arabischen Staaten als einzig legitime Vertretung des paläst. Volkes anerkannt, hat sich seit Mitte der 70er Jahre, als sie zunehmend von terroristischen Aktionen außerhalb Israels absah und mit Hilfe der arabischen Staaten zum politisch-diplomatischen Kampf gegen Israel überging, internationale Anerkennung verschafft. Sie wurde Vollmitglied in der Arabischen Liga* und erhielt Beobachterstatus in internationalen Organisationen. Die PLO, die sich im Libanon zum „Staat im Staate“ entwickelt hatte, erlitt durch die militärische Intervention Israels im Libanon (im Sept. 1982) eine schwere militärische Niederlage, die sie zum Auszug in andere arabische Länder zwang. Gleichzeitig fand ihr Anspruch auf eine autonome „Heimstatt“

(freilich nicht ihr ursprüngliches Ziel eines selbständigen Staates in Palästina in den Grenzen von 1948, das die Existenz des Staates Israel in Frage stellte) immer breitere Zustimmung.

PPP = Purchase Power Parity

Diese Rechnungseinheit (die z. B. UNDP bei der Komposition des HDI* benutzt) berechnet die – durch die Umrechnung von Landeswährungen in US-\$ verzerrte – reale Kaufkraft von Durchschnittseinkommen in den einzelnen Ländern.

Rentenkapitalismus

Spezifisch orientalische Produktionsweise, die dadurch gekennzeichnet ist, daß auf den handwerklichen und landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren Rententitel ruhen, die dem Eigner einen festen Anteil am Produkt des Bauern oder Handwerkers garantieren.

Rentierstaaten

Sozioökonomisches Konzept, mit dem jene Staaten der Dritten Welt beschrieben werden, deren Staatseinkommen hauptsächlich von Renten – das sind von außen einfließende Einkommen, denen keine entsprechende inländische Arbeits- oder Investitionstätigkeit gegenübersteht – gebildet werden. Im Nahen und Mittleren Osten sind dies vor allem Ölrenten. Durch die Renten wird der Staat unabhängig von eigenen Steuereinnahmen. Es besteht somit keine Notwendigkeit, sich dem Druck nach politischer Partizipation der Bürger zu beugen. Rentierstaaten kennzeichnet daher ein ihnen eigenes Prinzip der Herrschaftssicherung. Die Verteilung der Öleinnahmen erfolgt primär nach politischen Gesichtspunkten. Durch geschickte Umverteilung und Gewährung ökonomischer Privilegien schafft sich die Herrschaftselite eine Legitimität, die nicht auf Demokratie, sondern auf einem funktionierenden Patronage-System basiert.

SAF = Structural Adjustment Facility

1986 vom IWF aufgelegtes Hilfsprogramm, um die Strukturanpassungspolitik in LLDC durch günstige Darlehen (0,5 % Zinsen, 10 Jahre Laufzeit bei 4,5 Freijahren) zu unterstützen.

SAP = Structural Adjustment Programme

Maßnahmepaket der Weltbank zur Unterstützung von markt- und weltmarktorientierten Strukturanpassungsprogrammen in Form von technischer Hilfe, Strukturanpassungsdarlehen (SAL) und Sektoranpassungsdarlehen (SEL).

Schari'a

Das aus dem Koran und dem *Hadith* (Aussprüche *Mohammeds* und seiner Gefährten) abgeleitete islamische Recht.

Schi'a

Zunächst die „Partei“ des Kalifen *Ali*, später Sammelbegriff für Heterodoxie (aus der Sicht der Sunniten) und Sektenbildung. Zwischen der *Schi'a*, der Lehre des Schiismus, und der *Sunna**, dem „Pfad“ der Sunniten, bestehen erhebliche theologische, rechtsphilosophische und politisch-theoretische Differenzen.

Schuldendienst

Die absolute Höhe der Zinsen und Tilgungsleistungen, die ein Schuldnerland in sog. „Hartwährungen“ an die öffentlichen und privaten Gläubiger zahlen muß.

Schuldenquote

Die S. bezieht den Schuldenstand (nicht den Schuldendienst!) auf die jährlichen Exporterlöse. Als kritische Grenze gilt eine Quote von 15 %.

Schuldendienstquotient

Der S. bezieht den gesamten Schuldendienst (Tilgung und Zinsen) auf die Exporterlöse eines Berechnungsjahres. Die kritische Grenze wird bei 20 % angesetzt.

Self-reliance

In der kritischen Auseinandersetzung mit westlich-kapitalistischen Entwicklungsstrategien entstandenes Konzept, das – ausgehend vom Vertrauen auf die eigenen Kräfte – die heimischen Ressourcen zur Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse einsetzen will und dies per Massenmobilisierung und Partizipation der Bev. zu erreichen sucht. SR ist verbunden mit der Suche nach einem eigenen, den jeweiligen Traditionen eines EL angepaßten Entwicklungsweg.

SILIC/SIMIC = Severely Indebted Low-Income Countries bzw. Middle-Income Countries

Bezeichnung für die am höchsten verschuldeten EL, bei denen drei von vier Schuldenkennzahlen kritische Schwellenwerte überschritten haben: Verhältnis von Schulden zum BSP (50 %); Verhältnis von Schulden zu Exporterlösen (275 %); Verhältnis von Schuldendienstleistungen zu Exporterlösen (30 %); Verhältnis von Zinsleistungen zu Exporterlösen (20 %).

Sterblichkeits- bzw. Sterbequote/Mortalitätsrate

Maßzahl für den Pro-Tausend-Anteil der Sterbefälle an der Gesamtbevölkerung in einer bestimmten Periode; bestimmt zusammen mit der Geburtenrate die Wachstumsrate der Bevölkerung.

Strukturanpassung

Ordnungspolitisches Programm zur wirtschaftlichen Stabilisierung, marktwirtschaftlichen Deregulierung und Privatisierung sowie zur Liberalisierung des Außenhandels. Ziel ist die Wiederherstellung oder Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Kreditwürdigkeit auf der Grundlage eines ausgeglichenen Haushalts, der Erhöhung der internen Spar- und Investitionsrate und eines verbesserten Investitionsklimas für ausländische Investoren. IWF und Weltbank, flankiert von den regionalen Entwicklungsbanken und bilateralen Gebern, unterstützen durch ihre mit Auflagen verbundenen SAF* und SAP* diese Einpassung in den Weltmarkt und Anpassung an marktwirtschaftliche Strukturen.

Subsistenzwirtschaft

Agrikulturelle Produktion im Familienverband für den Eigenverbrauch, zu geringen Teilen auch für den Markt, um Tauschmittel für andere Bedarfsgüter zu erhalten; niedrige Produktivität durch einfache Arbeitsmittel (Hacke), Techniken und geringe Arbeitsteilung. Als nicht-marktorientierter Subsektor (obwohl in ihm die Mehrheit der Bauern lebt und arbeitet) geht die S. nicht oder nur in groben Schätzzahlen in die Sozialproduktrechnung ein; sie gilt – vor allem in den Dualismustheorien – als „traditioneller“ und rückständiger Sektor, der jedoch als Arbeitskräftereservoir und soziales Auffangbecken eine wichtige ökonomische und soziale Funktion erfüllt.

Sunna

Wörtlich: Pfad, Lebensführung. In der islamischen Terminologie faßt die *Sunna* die Aussprüche, Handlungen und Gepflogenheiten des Propheten und seiner Gefährten zusammen. Für die Sunniten (d. h. Leute der *Sunna*), die sich als Hüter des wahren Islam betrachten, bedeutet die *Sunna* eine authentische Erläuterung des Koran und bildet eine Rechtsquelle, die als gleichwertig mit dem Koran gilt.

Sustainable Development

Der vom *Brundtland-Bericht* (1987)* in die entwicklungspolitische Diskussion eingeführte

und meistens als „dauerhafte Entwicklung“ übersetzte Begriff fordert eine sozial- und umweltverträgliche Wirtschafts- und Entwicklungspolitik: von den IL einen ökologischen Umbau der Produktions- und Konsummuster, für die EL eine ökologisch angepaßte Befriedigung der Grundbedürfnisse. Der Begriff ist austauschbar mit *Ecodevelopment*.

Sykes-Picot-Abkommen

1916 zwischen GB und Frankreich unterzeichnet, um nach dem Untergang des Osmanischen Reiches ihre kolonialen Interessen im Nahen Osten abzugrenzen und aufzuteilen. Auf dieses Abkommen wird von arabischer Seite verwiesen, wenn dem Westen Machtkalkül und Ressourcensicherung nachgewiesen werden soll.

Terms of Trade (ToT)

Reale Austauschrelationen zwischen Primärgütern (Rohstoffen) und Industriegütern. Die von *R. Prebisch* entwickelte „Theorie der säkularen Verschlechterung der ToT“ folgt aus einem langfristigen Vergleich der Preise dieser beiden Gütergruppen, daß sich das Austauschverhältnis langfristig zuungunsten der Primärgüter (= EL) und zum Vorteil der IL verändert habe. Um die Wirkweisen der ToT angemessen bewerten zu können, muß zwischen ihren verschiedenen Typen und Berechnungsarten unterschieden werden.

Ulama

Die islamischen „Weisen“, Theologen und Rechtsgelehrten.

Umma

Sie bezeichnet die übernationale muslimische Gemeinde. Nach islamischer Auffassung hat Gott den arabischen Propheten dazu erkoren, den Islam zunächst den Arabern zu verkünden; die Gemeinde *Mohammeds* sollte jedoch alle Muslime umfassen.

UNIKOM = United Nations Iraq-Kuwait Observer Mission

Seit Mai 1991 an der Grenze Irak-Kuwait stationierte Blauhelme zur Überwachung der entmilitarisierten Zone.

UNRWA = UN Relief and Works Agency for Palestine Refugees

Die UNRWA betreut seit 1950, finanziert durch freiwillige Beiträge, durch Wohlfahrts-, Arbeits-, Gesundheits- und Bildungsprogramme die (meist in Lagern konzentrierten) Palästina-Flüchtlinge.

Urban Bias

Bevorzugung der Stadt und der Städter gegenüber dem Land und der Landbevölkerung, vor allem bei Investitionen in die soziale Infrastruktur; Vernachlässigung der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung in der Entwicklungspolitik, auch das „Schröpfen“ der Bauern zugunsten der städtischen Konsumenten durch niedrige Produzentenpreise.

VAR = Vereinigte Arabische Republik

Ein 1958 aus Ägypten und Syrien gebildeter Staatenbund, der nur bis 1961 Bestand hatte. Nach seiner Auflösung behielt Ägypten bis 1972 den Namen VAR für sich allein bei.

Autorenverzeichnis

Büttner, Friedemann	Dr., Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin; Leiter der Arbeitsstelle für Politik des Vorderen Orients
Büttner, Veronika	Dr., Wiss. Mitarbeiterin in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen
Clausen, Ursel	Wiss. Mitarbeiterin im Deutschen Orient-Institut, Hamburg
Dridi, Mohamed	Dr., Politologe, Journalist, München
Elsenhans, Hartmut	Dr., Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Leipzig
Ferdowsi, Mir A.	Dr., Akad. Rat (Politische Wissenschaft) an der Universität München
Halbach, Uwe	Dr., Wiss. Mitarbeiter im Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Köln
Hermann, Rainer	Dr. (Islamwissenschaften), Korrespondent der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfAI) in Istanbul (vorher in Kuwait)
Ibrahim, Ferhan	Dr., Wiss. Mitarbeiter in der Arbeitsstelle für Politik des Vorderen Orients an der FU Berlin
Janzen, Jörg	Dr., Akad. Rat im Zentrum für Entwicklungsländerforschung an der FU Berlin (FB Geowissenschaften)
Koszinowski, Thomas	Wiss. Mitarbeiter im Deutschen Orient-Institut, Hamburg
Krämer, Gudrun	Dr., Wiss. Mitarbeiterin in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen
Mattes, Hanspeter	Dr., Wiss. Mitarbeiter im Deutschen Orient-Institut, Hamburg
Perthes, Volker	Dr., Wiss. Mitarbeiter in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen
Reissner, Johannes	Dr., Wiss. Mitarbeiter in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen
Ritter, Wigand	Dr., Professor für Wirtschafts- und Sozialgeographie an der Universität Erlangen-Nürnberg

Ruf, Werner	Dr., Professor für Politische Wissenschaft an der Gesamthochschule Kassel
Schliephake, Konrad	Dr., Akad. Oberrat (Geographie) an der Universität Würzburg
Scholz, Fred	Dr., Professor für Wirtschafts- und Sozialgeographie (Entwicklungsländer) an der Freien Universität Berlin
Steinbach, Udo	Dr., Professor, Direktor des Deutschen Orient-Instituts, Hamburg
Wolff, Jürgen H.	Dr., Professor für Politische Wissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum

Herausgeber

Nohlen, Dieter	Dr., Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg Anschrift: Marstallstr. 6 69117 Heidelberg
Nuscheler, Franz	Dr., Professor für Politische Wissenschaft an der Universität–GH–Duisburg Anschrift: Institut für Entwicklung und Frieden Geibelstr. 41 47057 Duisburg